

## **Das Kreta-Problem 1908—1912**

### **Über die Unfähigkeit zur diplomatischen Konfliktlösung vor dem Ersten Weltkrieg**

Von WERNER ZÜRRER (Bonn)

Obwohl zu drei Viertel von christlichen Griechen bewohnt, wurde Kreta dem 1830 geschaffenen Königreich Griechenland nicht zugeschlagen. Es hatte sich zwar am griechischen Freiheitskampf beteiligt, war aber 1824 von den Truppen *Ibrahim Paşas*, eines Sohnes des ägyptischen Herrschers, erobert worden. Unter dem von Kairo ernannten Gouverneur *Mustafa Paşa* (1832/52) erlebte die Insel einen wirtschaftlichen Aufschwung, der auch durch die Rückkehr unter türkische Oberhoheit 1840 nicht unterbrochen wurde. Dennoch blieb der Wunsch nach Vereinigung mit dem Mutterland lebendig, und als die von *Abdul Mecid* 1856 proklamierten Reformen auf Kreta nur zögernd übernommen wurden, erhoben sich die Kreter gegen das reaktionäre Regime des Generalgouverneurs *Zekki Paşa* und erreichten damit, daß die Pforte ihren hauptsächlichsten Forderungen nachgab. Die Ansätze zu einer Selbstverwaltung der Insel wurden aber von den Türken bald wieder annulliert, so daß 1866/68 ein neuer Aufstand die Herrschaft des Sultans erschütterte.

„Im Laufe von mehr als zwei Jahren kämpfte das kretische Volk hartnäckig und mit Selbstaufopferung um die Freiheit vom Osmanenreich und die Vereinigung der Insel mit Griechenland<sup>1)</sup>.“ Das Ergebnis war enttäuschend: Die Mächte Europas konnten sich weder für eine Verwirklichung des berechtigten Verlangens nach einem christlichen Gouverneur und einer Autonomie noch gar für die Enosis — die Vereinigung mit dem griechischen Mutterland — erwärmen. Sie sorgten lediglich dafür, daß die türkische Armee nach ihrem militärischen Erfolg auf Kreta nicht auch noch gegen Griechenland vorging. Erst die große Orientkrise Mitte der 70er Jahre brachte den Inselgriechen mit der Konvention von Halepa eine fast autonome Stellung<sup>2)</sup>. Diese genügte allerdings den nationalen Ambitionen der Kreter auf die Dauer nicht. Als *Abdul Hamid*, der dies sehr wohl erkannte, die Entwicklung 1889 durch die Einsetzung mohammedanischer Gouverneure wieder in den Griff zu bekommen suchte, wurde er vom Europäischen Mächtekoncert zurückgepfiffen. Die kretischen Nationalisten reagierten darauf mit einer Verstär-

---

1) I. G. Senkevič, *Rossija i Kritskoe vosstanie 1866—1869 gg.* Moskau 1970, S. 194.

2) Vor allem führte sie das parlamentarische Regime ein, bei dem die Moslems mit 31 Abgeordneten gegenüber 49 Christen allerdings überrepräsentiert waren.

kung ihrer Agitation, die 1896 in einen offenen Aufstand mündete<sup>3</sup>). Die halbherzigen Versuche der Schutzmächte Griechenlands, eine diplomatische Lösung der Kretafrage herbeizuführen, wurden durch das militärische Eingreifen der Griechen zunichtegemacht, das im folgenden Jahr zu einem regelrechten Krieg zwischen dem Königreich und der Türkei führte. Obwohl er mit einer vernichtenden Niederlage der griechischen Armee in Thessalien endete, konnten die Türken ihre Herrschaft über Kreta nicht festigen, sondern wurden von den Großmächten gezwungen, sich mit der Wiederherstellung der Autonomie unter einem christlichen Gouverneur abzufinden.

Als solcher wurde Ende 1898 der zweite Sohn des griechischen Königs, *Prinz Georg*, eingesetzt. Die türkischen Truppen und Behörden mußten die Insel verlassen; die Suzeränität des Sultans beschränkte sich auf die Beibehaltung der osmanischen Flagge, zu deren Schutz die vier Mächte England, Frankreich, Italien und Rußland militärische Kontingente auf der Insel stationierten<sup>4</sup>). 1905 verließ der Prinz nach einem heftigen Konflikt mit dem begabtesten Politiker des Landes, dem Advokaten *Eleutherios Venizelos* aus Canea (Chaniá), Kreta. An seiner Stelle erlaubten die Schutzmächte *Georg I.*, einen Hochkommissar zu entsenden; die Wahl des Königs fiel auf *Alexander Zaimis*. Außerdem durften griechische Offiziere das Kommando über die kretische Miliz übernehmen. Als die Mächte Ende 1907 auch noch versprachen, ihre Truppenkontingente schrittweise abzuziehen und ihre Präsenz auf die Stationierung eines Kriegsschiffes zu beschränken, glaubte Athen, das Ziel der Einverleibung der Insel praktisch erreicht zu haben<sup>5</sup>).

Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn leiteten im Herbst 1908 die entscheidende Phase der Orientalischen Frage und den fatalen Weg in den Weltkrieg ein. Die christlichen Bewohner Kretas hielten den Augenblick für eine Verwirklichung ihrer Träume gekommen und proklamierten am 7. Oktober die Vereinigung ihrer Insel mit dem Königreich. Eingedenk früherer negativer Erfahrungen beteuerte die Regierung in Athen sogleich, mit der Sache nichts zu tun zu haben und von den Ereignissen überrascht worden zu sein<sup>6</sup>). Gleichzeitig versicherte sie den

<sup>3</sup>) Zum folgenden vgl. W. Zürrer: Die Nahostpolitik Frankreichs und Rußlands 1891—1898. Wiesbaden 1970, S. 338—354 und 386—392.

<sup>4</sup>) Deutschland und Österreich-Ungarn zogen sich 1898 aus Rücksicht auf den Sultan aus dem Kreta-Konzert der sechs Großmächte zurück.

<sup>5</sup>) Die britische Diplomatie ließ Premier *Theotokis* jedoch nicht im Unklaren, daß sie eine Veränderung der Besitzverhältnisse im östlichen Mittelmeer nicht gutheißen, geschweige denn fördern würde (vgl. Public Record Office, London, FO 371/443, 5. 6. 08 *Elliot* an *Grey*). Der Stellv. Unterstaatssekretär *Louis Mallet* schrieb: „Quite apart from our pledges to the Sultan we should do nothing to assist Greek aspirations in any part of the world, so long as the Greek bands continue their pernicious activity in Macedonia . . .“ (ebenda, Anm.).

<sup>6</sup>) Es hieß zwar, *Zaimis* habe gewußt, was die Kreter vorhätten, und deshalb dafür gesorgt, daß er nicht auf seinem Posten, sondern von der Insel abwesend war. „For this to be the case, however, he must have been in the confidence of Austria and Bulgaria, since his holiday has long been planned.“ (FO 444, 22. 10. 08 *Elliot*). Dafür gab es jedoch keinerlei Anzeichen. Der Text der Unionserklärung findet sich in: Docu-

Schutzmächten, sich nicht in deren Zuständigkeiten einzumischen, sondern ihnen die Lösung des Problems überlassen zu wollen. „Pending this appeal no step of a military or administrative nature would be taken with regard to Crete.“ Sollten die Aspirationen Wiens und Sofias jedoch die Billigung Europas finden, so erwartete *Theotokis* neben dem Zugeständnis der Enosis weitere Vorteile für das Griechentum in der Türkei, „denn die Insel galt hier als eine reife Frucht, die ohnedies über kurz oder lang Griechenland in den Schoß fallen müsse“<sup>7)</sup>.

Das jungtürkische Regime, durch das Vorgehen König *Ferdinands* und des Wiener Außenministers *Aehrenthal* in seinen Grundfesten erschüttert, schien anfänglich gewillt, in der Kretafrage nachzugeben und sich auf die Verteidigung wichtigerer Positionen zu konzentrieren. Der türkische Gesandte in Athen, *Naby Bey*, beteuerte, daß sein Land auf die entfernt gelegene Insel, deren Besitz hohe Kosten verursache und auf Dauer doch nicht zu garantieren sei, verhältnismäßig geringen Wert lege. Ähnlich äußerte sich der griechische Außenminister, der darauf hinwies, daß die Türkei Zeit und Ruhe zur inneren Kräftigung und Sammlung finden werde, „wenn jene unbotmäßigen Glieder, deren Nervenverbindung mit dem ottomanischen Staatskörper doch schon durchgetrennt sei, mit einem heilenden Schnitt abgelöst würden“<sup>8)</sup>. Aber gerade die Bedeutung einer Kretalösung als Präzedenzfall für das Schicksal der übrigen Randgebiete ihres Vielvölkerreiches machte die Jungtürken schwankend und veranlaßte sie zu der Forderung, daß die Kretafrage nicht in die Tagesordnung der geplanten Balkankonferenz aufgenommen werde. Rechtlich war dieser Standpunkt durch die Tatsache begründet, daß das Schicksal der Insel nicht in den Rahmen einer Revision des Berliner Vertrages gehörte, sondern allein die Türkei und die vier Garantiemächte betraf.

Von diesen war vor allem England, das eine dominierende Stellung im Orient einnahm<sup>9)</sup>, aufgerufen, eine Antwort auf den Vereinigungsbeschluß der Kreter zu formulieren. Es reagierte ganz entschieden protürkisch<sup>10)</sup>, indem es feststellte, daß es die Unabhängigkeit Kretas oder gar die Enosis auf keinen Fall anerkennen könne. Zugleich wurde das Mittelmeergeschwader von sieben Kriegsschiffen in die Ägäis entsandt, um notfalls mit militärischen Mitteln die Rechte des Sultans auf der Insel schützen zu können. Außerdem unterband London die für Anfang

---

ments diplomatiques français, 2. Serie, T. XI, Nr. 486 (im folgenden zitiert als DDF); vgl. dazu auch den Bericht des britischen Vertreters in Canea, *Wyldbore Smith*, vom 8. 10. 08 in FO 444 und den inhaltsarmen Aufsatz von I. S. Galkin: *Evropejskie deržavy i kritskij vopros v 1908—1912 godach* (in: *Voprosy istorii* 1956/5, S. 126—140), S. 129.

<sup>7)</sup> FO 444, 7. 10. 08 *Young*; Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914 (zitiert: GP), Band 27/I, Nr. 9604.

<sup>8)</sup> GP Nr. 9607.

<sup>9)</sup> London beherrschte durch seine Flotte und die Stützpunkte in Malta, Zypern und Ägypten das östliche Mittelmeer; überdies übte es seit der jungtürkischen Revolution im Juli 1908 den überwiegenden Einfluß in Konstantinopel aus.

<sup>10)</sup> Botschafter Sir *Gerald Lowther* telegraphierte aus Istanbul: „This further attempted act of aggression is not only a severe blow to the Constitution, but if we are unable to prevent it, will go a long way to destroy the confidence of the Turks in our power to help them.“ (FO 444, 8. 10. 08 *Lowther an Grey*).

1909 vorgesehene Reduktion seiner Besatzungstruppen (500 Mann), solange die illegale Situation in Canea andauerte. In Athen wollte es darauf drängen, die Hisung der griechischen Flagge auf den kretischen Regierungsgebäuden zu mißbilligen und den Hochkommissar sogleich dorthin zurückzuschicken, wurde aber von Sir *Francis Elliot* im Stich gelassen. Der Gesandte hätte es vorgezogen, wenn die Griechen durch eine freundschaftliche Demarche beruhigt worden wären; doch sein Außenminister lehnte dies ab, da er den Türken nach allem, was ihnen von Bulgaren und Österreichern angetan worden war, nicht auch noch Entgegenkommen gegenüber den griechischen Wünschen zumuten wollte<sup>11)</sup>.

Die Gegenposition nahm der französische Premier *Clemenceau* ein, der auf dem Einschluß der Kreta-Problematik in das Konferenzprogramm bestand und vor einem harten Auftreten in Canea und Athen zurückschreckte. Er tat dies nicht nur auf Grund seines traditionellen Philhellenismus, sondern auch in der Erwartung, durch ein solches Vorgehen den Einfluß Frankreichs im Königreich stärken und die von Griechenland beabsichtigte Aufrüstung der Flotte gegen die deutsche Konkurrenz<sup>12)</sup> für die eigene Industrie monopolisieren zu können. Um die Jungtürken für den Verlust Kretas zu entschädigen und sie ententefreundlich zu halten, empfahl Paris, ihnen das britisch besetzte Zypern zurückzugeben, ein Gedanke, der in London verständlicherweise auf scharfe Ablehnung stieß.

Der Stellvertretende Unterstaatssekretär *Louis Mallet* schrieb unter dem Beifall *Sir Edward Greys*:

„Clemenceau fails entirely to grasp the situation, and his suggestion that we should pay the compensation to the Porte because he wants to despoil her, is open to serious objection. In the first instance would the Porte welcome the abrogation of the Cyprus Convention by which we undertake to assist her by force of arms against a Russian advance in Asia? In the second place no reforms have yet been introduced into the Asian territories, and in the third out of a total population of 237 000 only 51 000 are Mohammedans and the rest Greek. The immediate result of cession to Turkey would therefore be an agitation for union with Greece, and Britain would be saddled with a ‚Cretan question‘ for the creation of which she would be directly responsible. Does Clemenceau seriously imagine Cyprus would not be a great loss to us<sup>13)</sup>, and that the Porte would view in such

<sup>11)</sup> Der britische Gesandte in Athen, *Sir Francis Elliot*, wurde angewiesen, der griechischen Regierung zu erklären, „that H. M. G. will not permit their obligations towards the Turkish government to be broken by the action of the Cretan government“, und sie aufzufordern, in Canea mäßigend einzuwirken. „Such action on the part of the Greek government would make the reform party at Constantinople well disposed towards them and would certainly not prejudice the favourable consideration of the interests of Greece [von Außenminister *Grey* persönlich eingefügt statt: „their claims to union with Crete“], when the grave questions who have now been raised are considered by the Powers.“ (FO 444, 9. 10. 08 *Grey an Elliot*).

<sup>12)</sup> Vgl. dazu *W. Zürrer*: Geschäft und Diplomatie: Der Fall Griechenland 1905—1908. In: *Südost-Forschungen* 33 (1974) S. 276—282.

<sup>13)</sup> Das britische Kolonialamt teilte die Meinung der Franzosen über die Wertlosigkeit Zyperns, wollte dies aber nicht offen zugeben, weil dieses Faktum „is also true of many other places which we own or administer“ (FO 445, 27. 11. 08 *Crewe an Grey*).

a proposal anything but an insidious attempt on our part to shuffle off our responsibilities in regard to the defence of her Asian provinces and to inflict a new humiliation upon her for which the moment seems inopportune? This might be explained to Pichon and Bertie's language entirely approved."

So geschah es denn auch, obwohl das Kolonialamt eine Stellungnahme lieber vermieden hätte, weil sie den Eindruck erwecken könnte, „that H.M.G. regard the retrocession of Cyprus to Turkey as an arguable proposition“<sup>14</sup>).

Der russische Außenminister *Izvol'skij*, der die jüngste Entwicklung auf der Balkanhalbinsel als persönliche Niederlage in seinem Kampf mit *Aehrenthal* betrachtete<sup>15</sup>), wollte die Kretafrage am Rande der Balkankonferenz durch die Schutzmächte erörtern und deren Entscheidung danach durch das Europäische Konzert ratifizieren lassen. Italien war damit einverstanden und hielt deshalb jede öffentliche Erklärung vor dem Zusammentritt der erwähnten Konferenz für überflüssig. Daß es dennoch zu einer solchen Kundgebung kam, war den Konsuln in Canea zu verdanken, die dem kretischen Exekutiv-Komitee zusichern wollten, daß ihre Regierungen, sofern die Ruhe auf der Insel aufrechterhalten bleibe, bereit wären, „à envisager avec bienveillance la solution de cette question avec les autres gouvernements intéressés“. Am 29. Oktober gaben die vier Mächte eine diesbezügliche Erklärung ab, nachdem auf Betreiben England die Worte „solution“ durch „discussion“ und „les autres gouvernements intéressés“ durch „la Turquie“ ersetzt worden waren<sup>16</sup>).

Deutschland und Österreich-Ungarn, die seit der Krise von 1898 nicht mehr an den Bemühungen um eine Entschärfung bzw. Ausräumung des Kreta-Problems teilgenommen hatten, zeigten keine Neigung, ihre Politik zu ändern und dadurch die Verbindung mit der Türkei zu belasten. Berlin wies seine Vertreter vielmehr ausdrücklich an, sich nicht in eine Erörterung der Kretafrage einzulassen, wofür sie vor allem die italienische Diplomatie zu gewinnen suchte, geschweige denn an einer Lösung mitzuarbeiten. Der Wunsch des Kaisers, daß die Ambitionen des ihm eng verwandten Athener Hofes auf der kommenden Balkankonferenz erfüllt werden sollten, wurde von seiner Regierung keineswegs geteilt. Das Auswärtige Amt ließ sich nur zu der allgemeinen Zusage herbei, im geeigneten Zeitpunkt die Angelegenheit zu prüfen und dabei „unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Griechenland“ wohlwollend im Auge zu behalten<sup>17</sup>). Im Vordergrund seines Interesses stand das Verhältnis zur Türkei, wobei mit Genugtuung eine Schwächung der französisch-türkischen Freundschaft infolge der Kreta-Politik *Clemenceaus* regi-

---

<sup>14</sup>) FO 444, Anm. zu 21. 10. 08 *Bertie*; FO 445, 10. 11. 08 *Crewe* an *Grey*. Ausschlaggebend war für das Foreign Office die Rücksichtnahme auf den Ententepartner Frankreich, der „vollkommene Offenheit“ von seiten Englands verlangen könne.

<sup>15</sup>) König *Georg I.* warf den beiden Ministern vor, eine gefährliche Partie Schach miteinander zu spielen: „Denn die Figuren des Spieles seien die Völker Europas und wenn die Partie nicht remis werde, so komme es zum Kriege.“ (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Türkei 94, Band 168, 16. 3. 09 *Wangenheim*; im folgenden zitiert AA.)

<sup>16</sup>) FO 444, 19. 10. 08 *Smith* und Anm.; 23. 10. 08 FO-Zirkular.

<sup>17</sup>) GP Nr. 9603 Anm. und 9604 Anm.

striert und die Hoffnung ausgedrückt wurde, daß sich im weiteren Verlauf auch Englands Position am Goldenen Horn vermindern werde: „Vielleicht sehen die Türken schließlich noch ein, daß wir die einzigen sind, die sie nie [betrogen ?] haben und auch stets in Frieden lassen<sup>18)</sup>.“

Angesichts der Zurückhaltung der Großmächte war Athen wohl oder übel gezwungen, selbst etwas zur Klärung der Lage beizutragen. Es konnte dies durch die eigenmächtige Billigung der Enosis — etwa in Form einer Kreta-Reise des Königs — oder durch Verhandlungen mit dem nominellen Eigentümer der Insel tun. Ministerpräsident *Theotokis* galt als Anhänger einer Entente mit der Pforte zwecks Abwehr bulgarischer Expansionsgelüste in Mazedonien und somit als Befürworter des zweiten Weges. Da er sein Land in keiner Weise auf eine militärische Auseinandersetzung um das Erbe des ‚Kranken Mannes am Bosphorus‘ vorbereitet hatte, lag es in seinem Interesse, „to consolidate a reformed Turkey in which the predominant wealth, intellect and culture of her kinsfolk would have their due share of influence“<sup>19)</sup>. Athen schlug deshalb Istanbul eine Vereinbarung vor, welche die Annexion Kretas besiegeln sollte und dem Comité Union et Progrès (C.U.P.) die Unterstützung des hellenischen Elements im Osmanischen Reich sowie die materielle Hilfe Griechenlands für den Fall eines Konfliktes mit Bulgarien in Aussicht stellte. Die Verhandlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis, zumal die Großmächte *Theotokis* die erwünschte Fürsprache in Konstantinopel versagten<sup>20)</sup>.

Das kretische Exekutivkomitee, das am 7. Oktober die Regierungsgewalt in Canea übernommen hatte, tat alles, um Sultan und Schutzmächte nicht über Gebühr zu verärgern. In seiner ersten Bekanntmachung an die Generalkonsuln fehlten die Insignien des Königreichs Griechenland, welche seine sonstigen offiziellen

<sup>18)</sup> AA Türkei 94, Band 167, Anm. zu 26. 12. 08 *Marschall*.

<sup>19)</sup> FO 444, 10. und 22. 10. 08 *Elliot*; AA, a. a. O., 24. 10. 08 *Haniel*; GP Nr. 9607. Während England und Deutschland eine türkisch-griechische Verständigung befürworteten, riet *Pichon* davon ab, „as it had hitherto been the policy of the Powers to keep Greece out of the [Cretan] question“. Auch die russische Diplomatie wollte Athen auf diesem Wege nicht unterstützen, „for Greece might, on the strength of such advice from the four Protecting Powers, if the negotiations failed, claim to join in the Conference before which . . . the question would ultimately have to come“ (FO 444, 15. 10. 08 *Bertie*). Vgl. auch D. Xanatalos: *The Greeks and the Turks in 1912*. In: *Balkan Studies* 3 (1962) S. 277—296.

<sup>20)</sup> *Lowther* war von vornherein überzeugt gewesen, daß die Pforte nicht zu einer direkten Verständigung mit Athen bereit sein würde, zumal sie nicht zu erkennen vermöge, „in what way Greece could be of use to them in the event of war with Bulgaria“. Das C. U. P. schickte jedoch den Bürgermeister von Saloniki, *Osman Adil Bey*, nach Athen, wo er erfuhr, daß *Theotokis* 30 000 Mann gegen die Bulgaren und 10 000 weitere nach erfolgter Annexion Kretas versprach. Dies scheint eine gewisse Sinnesänderung in Istanbul hervorgerufen zu haben, war man doch nun bereit, die Insel gegen eine finanzielle Entschädigung und eine Grenzrektifikation fahren zu lassen. Letzterer Gedanke war jedoch in Athen nicht populär: „It is clear that the abandonment of any part of Thessaly could never be entertained for a moment here, and it does not appear that there are any grounds on which a demand for it could reasonably be based.“ (FO 444, 15. 10. 08 *Lowther*; FO 445, 25. 11. 08 *Elliot*; AA, a. a. O., 24. und 25. 10. 08 *Haniel*).

Dokumente zierten. Die Enosis wurde darin als spontane Reaktion und logische Folge der Veränderung des Status quo auf der Balkanhalbinsel dargestellt sowie durch Parlamentsbeschluß gegen die Stimmen der sechs moslemischen Abgeordneten sanktioniert. Außenminister *Venizelos* anerkannte zwar die Notwendigkeit möglicher Rücksichtnahme auf das jungtürkische Regime, verwies aber auch auf die bisherige Politik der vier Mächte und verlangte, daß sie durch ihre Zustimmung zur Vereinigung der Insel mit Griechenland dem langen Kampf der Kreter um ihre Freiheit ein Ende bereiten und dem zivilisatorischen Werk Europas in diesem Teil des Orients die Krone aufsetzen müßten. „Now, after all that had occurred, the people felt that the Powers could not exonerate Austria and Bulgaria, and condemn Crete<sup>21</sup>).“

Diese Betrachtungsweise konnte die britische Diplomatie nicht übernehmen, im Gegenteil, sie äußerte unüberhörbaren Widerspruch: „Of course, the acts of Austria and Bulgaria were as illegal as that of Crete, but the essential difference is that the two former countries were in a position to make good their position by force whereas Crete is not. Conversely we were not in a position effectively to oppose Austria or Bulgaria and so will have to accept their acts, however much we may dislike them; but we are in a position to prevent the union of Crete with Greece, and are moreover bound by direct pledges to the Porte [to do so]<sup>22</sup>).“ England beharrte deshalb auch auf der Nichtreduktion seines Kontingents, obwohl die Russen wie geplant 180 Mann abzogen und die beiden anderen Schutzmächte das britische Vorgehen mißbilligten. Solange die Kretafrage nicht gelöst war, wollte London seine 500 Mann auf der Insel belassen (die meisten davon in Kandia und Rethymnon), als Beweis dafür, „that we are opposed to Turkish interests being summarily set aside“, selbst wenn es dadurch den Verdacht eigennütziger Absichten (Flottenstützpunkt Suda-Bucht!) auf sich zog<sup>23</sup>).

Zweifellos ermutigte die Politik *Greys* die Jungtürken, an Kreta festzuhalten, wenn sie schon aus Bosnien und Bulgarien abziehen mußten. Dabei scheuten sie selbst vor einem neuen Krieg gegen den militärisch schwachen Nachbarstaat nicht zurück, der genügend Anlaß zu Kritik bot. Die Reise des Oppositionsführers *Rhallis* nach Epirus<sup>24</sup>), die Haltung des Ökumenischen Patriarchats<sup>25</sup>) und die

<sup>21</sup>) FO 444, 16. 10. 08 *Smith*; 29. 10. 08 *Peel*.

<sup>22</sup>) FO 444, Anm. zu 21. 10. 08 *Bertie*. *Lowther* hatte aus diesem Grund vorgeschlagen, die Kretafrage von den Beratungen der Balkankonferenz — die übrigens nicht zustandekam! — auszuschließen. *Mallet* stimmte ihm zu: „It is the one point on which we could put down our foot, but we should be prepared, if necessary, to increase the garrison . . . I think that public opinion here, which has been silent for years on the subject of Crete when there was much greater reason to declare itself, would perfectly understand why we are at this juncture unable to change our attitude.“ (FO 444, 18. 10. 08 *Lowther* und Anm.).

<sup>23</sup>) FO 445, 15. 12. 08 *Nicolson* und Anm. Die übrigen internationalen Kontingente — je 250 Franzosen und Italiener sowie 320 Russen — standen alle in Canea, 5 km von der Suda-Bucht entfernt.

<sup>24</sup>) *Naby Bey* nannte die Reise, die während des Wahlkampfes in der Türkei unternommen wurde, eine politische Taktlosigkeit, da sie offensichtlich der Förderung des Separatismus diene. „Das Endziel sei, nach Erledigung der kretensischen Frage die

Parteinahme der im osmanischen Staat lebenden Griechen für die Entente libérale<sup>26)</sup> hatten die Ansätze einer Verständigung im Keim erstickt. Der britische Botschafter in Konstantinopel, Sir *Gerald Lowther*, meinte deshalb, daß die Kreter mit dem Status quo und dem für Juli 1909 geplanten Abzug der fremden Truppen zufrieden sein müßten. Eine Beschränkung auf diese Kompensation für Griechenland sei um so mehr gerechtfertigt, als nicht sicher sei, ob Rußland für seine Protégés Serbien und Montenegro überhaupt einen Vorteil herauschlagen könne<sup>27)</sup>.

Von den Griechen wurde die Lage natürlich ganz anders eingeschätzt. Die Bevölkerung Kretas interpretierte die Stellungnahme der Mächte vom 29. Oktober als grundsätzliche Billigung der Enosis, deren Vollzug sie durch genaue Einhaltung der daran geknüpften Bedingungen (Aufrechterhaltung der Ordnung, Schutz der Moslems) vorantreiben wollte. Ähnlich reagierten die politischen Kreise Athens. Das der Regierung nahestehende Blatt ‚*Neon Asti*‘ überschrieb seinen Kommentar mit den Worten „An der Schwelle zur Enosis“, und Außenminister *Baltazzi* sprach von einem Schritt in die richtige Richtung. Sollten diese Erwartungen enttäuscht werden, so war mit ernstesten Folgen zu rechnen. *Venizelos* drohte mit „passivem Widerstand“, d. h. der Demission aller kretischen Beamten, Polizisten usw., welcher die Schutzmächte zwingen würde, die Verwaltung der Insel selbst in die Hand zu nehmen<sup>28)</sup>. Die Regierung *Theotokis* hätte eine solche Entwicklung auf keinen Fall überlebt, und es mußte befürchtet werden, daß ihr Sturz auch die Position des Königs gefährden würde, dessen Existenzberechtigung in griechischen Augen wesentlich von außenpolitischen Erfolgen abhing<sup>29)</sup>.

Um eine Revolution in Griechenland zu verhindern, schlug *Elliot* vor, sogleich mit den Türken über einen Verzicht auf Kreta zu verhandeln. Dabei müßten 1. Garantien für die Sicherheit der Moslembevölkerung und des Vakuf-Besitzes gefunden, 2. die Ablösung des kretischen Anteils an der türkischen Staatsschuld (circa 1,2 Mio. F) geregelt, und 3. Entschädigungszahlungen an Istanbul für die Übernahme staatlicher Gebäude und Einrichtungen durch Griechenland vereinbart werden. Danach sollte das Verhältnis der Insel zu den Mächten, d. h. die Frage der Anleihe von 1898, die Ausdehnung der Befugnisse der Internationalen

---

epirotische aufzurollen.“ (F. R. Bridge: *Austro-Hungarian Documents relating to the Macedonian struggle, 1896—1912*. Thessaloniki 1976, Nr. 366.)

<sup>25)</sup> Zum Gegensatz von Patriarchat, das dem alten Regime nachtrauerte, und C. U. P. vgl. Bridge, a. a. O., Nr. 379, 382 und 407.

<sup>26)</sup> Die Ahrar-Partei war im September 1908 von Prinz *Sabahettin* gegründet worden und trat für die administrative Dezentralisierung des Reiches ein, weshalb sie vorwiegend von den nichttürkischen Nationalitäten unterstützt wurde.

<sup>27)</sup> FO 445, 17. 11. 08 *Lowther*. Eine neuere Darstellung der Annexionskrise fehlt; vgl. dazu M. Nintchich: *La crise bosniaque et les Puissances européennes*. 2 Bände. Paris 1937.

<sup>28)</sup> FO 444, 29. 10. 08 *Peel*; 30. 10. 08 *Elliot*.

<sup>29)</sup> Im Foreign Office wurde diese Gefahr leicht genommen. *Grey* telegraphierte an *Elliot*: „Of course, I understand the difficulties of the Greek position, but this is the more reason for impressing upon them that it is impossible for the four Protecting Powers to hurry the Cretan question and show no regard for the difficulties of Turkey at this moment.“ (FO 445, Anm. zu 5. 12. 08 *Elliot*).

Finanzkommission und die Aufhebung der Kapitulationen, bestimmt werden<sup>30)</sup>. Doch *Grey* schlug die Warnungen des Gesandten vor einem griechischen Umsturz in den Wind und bezeichnete *Elliot's* Darlegungen als zu einseitig. Ebenso erging es einem Projekt, das Baron *de Reuter* angeblich im Auftrag *Georgs I.* in London vortrug<sup>31)</sup>: England beharrte, auch gegenüber seinem französischen Bundesgenossen, auf seiner abwartenden Haltung.

Botschafter *Bertie* versicherte *Clemenceau* ganz im Sinne seines Chefs<sup>32)</sup>, „that we did not intend to lose our influence at Constantinople to please the Greeks and Cretans, and that if he adhered to his present attitude it would mean a separation of France from England in the question of Crete, for we could not give way.“ *Grey* persönlich setzte *Paul Cambon* auseinander, daß die Türken — anders als man in Paris glaube — sehr wohl am Schicksal Kretas interessiert seien. Sie hätten zwar verstanden, daß die ihnen freundlich gesinnten Westmächte nicht in der Lage gewesen seien, Armeen nach Bulgarien oder Bosnien zu senden, um zu verhindern, was geschehen sei; doch die griechische Insel bilde einen Sonderfall, da sie dort die Ereignisse durch ihre Soldaten und Kriegsschiffe steuern könnten. „If we were to put pressure upon the Turks to give up Crete before even the Turkish Parliament had met, it would have a very bad moral effect, and the Turks would consider our action as most unfriendly . . . If April [1909] came and the Conference had not yet met, there would still be time to deal with the question of Crete separately in connection with the proposed withdrawal of the troops in July<sup>33)</sup>.“

Bis zum nächsten Frühjahr wollte sich London höchstens auf einen rein informellen Gedankenaustausch mit den übrigen Schutzmächten einlassen. Er würde Paris und Athen zufriedenstellen, ohne die britische Regierung in irgendeiner Weise zu binden. Die Furcht vor Unüberlegtheiten der Griechen konnte *Grey* nicht umstimmen; ebenso wenig lockte ihn der Gewinn der Suda-Bucht, den ihm *Reuter* vor Augen hielt, da „the political disturbances caused by acquiring a new harbour in the Mediterranean might more than counterbalance the advantage to us. Other Powers

<sup>30)</sup> FO 445, 9. 11. 08 *Elliot*.

<sup>31)</sup> Es sah vor, die Türken für den Verzicht auf Kreta finanziell zu entschädigen. Von der einen Million £, die dafür zur Verfügung standen — die Mächte hatten diese Summe 1898 Griechenland zur Deckung von Budgetdefiziten bereitgestellt, sie war aber von Athen nicht abgerufen worden —, sollte die Hälfte zum Bau der von Griechenland gewünschten Anschlußbahn an die türkische Linie Saloniki-Monastir benutzt werden. „This line would be the property of the Turkish government and would be a source of revenue to them.“ (FO 444, 30. 10. 08 *Grey*).

<sup>32)</sup> *Grey* betonte: „Bertie upheld our view excellently. Our position is that we are not holding back the Turkish government but simply refraining to put pressure upon them . . . There is no urgency to settle this question before July, the date on which the troops are to be withdrawn; if it is understood that it will be settled by then, Crete and Greece will keep quiet in the interval.“ (FO 445, Anm. zu 23. 11. 08 *Bertie*).

<sup>33)</sup> FO 445, 23. 11. 08 *Bertie*; 30. 11. 08 *Grey*. Der britische Außenminister begründete seinen Standpunkt folgendermaßen: „The possibility of a favourable settlement of all the other difficulties in the Near East depends on the goodwill and confidence of Turkey which would be forfeited if the Cretan question was forced on her.“ (FO 445, Anm. zu 3. 12. 08 *Bertie*).

might put forward other demands for themselves, and presumably the situation might be less favourable than if the ‚status quo‘ had not been disturbed at all“<sup>34</sup>).

Das Reutersche Projekt besaß schon deshalb keine Chance auf Verwirklichung, weil die Jungtürken den Gedanken an eine finanzielle Entschädigung für die Abtretung Kretas als ehrenrührig zurückwiesen und statt dessen mit der Anwendung der Boykott-Waffe drohten, die sich bereits im Kampf gegen Österreich als wirksam erwiesen hatte.

Das C.U.P. stellte sich auf den Standpunkt, daß die Kretaregelung, wie sie mit dem hamidischen Regime vereinbart worden war — Abzug der Besatzungstruppen im Juli 1909 unter Beibehaltung von Stationärschiffen zum Schutz der türkischen Suzeränität —, auch und gerade für die neue demokratische Türkei gelten müsse. Zwar habe das Reich nach verlorenen Kriegen Territorien abgeben müssen, doch Griechenland sei 1897 eindrücklich besiegt worden und die türkische Öffentlichkeit würde es daher als höchst ungerecht empfinden, wenn jetzt dieser Staat osmanisches Gebiet erhalten sollte. Die Tatsache, daß die vorgesehene Mächtepräsenz wohl kaum genügen dürfte, um die türkischen Rechte zu schützen, beeindruckte die Pforte nicht. Vielmehr drängte sie sogar auf die Einstellung der informellen Gespräche der Schutzmächte über Kreta, die nur in eine mehr oder weniger endgültige Abtrennung der Insel münden konnten. „The Turks had other islands inhabited by Greeks. These islands would all be unsettled by the annexation of Crete to Greece and would all wish to be annexed too“<sup>35</sup>).

Je stärker die Jungtürken — trotz oder vielleicht wegen ihrer innenpolitischen Schwierigkeiten<sup>36</sup>) — ihre Entschlossenheit demonstrierten, eine Emanzipation Kretas nicht zu tolerieren, desto schwieriger wurde die Lage Griechenlands. König *Georg* betonte, er befinde sich in einer unbequemen, „geradezu lächerlichen“ Position, denn: „In Kreta wird jetzt in meinem Namen regiert und Recht gesprochen, während ich die Insel verleugnen muß.“ Läge zwischen ihr und dem Mutterland nicht ein Meer, so wäre die Annexion sicher schon längst erfolgt. „Ich muß mich nun an das Versprechen der Schutzmächte halten, daß die Insel mir noch in diesem Jahre übergeben werden soll. Geschieht dies nicht, so werde ich selbst etwas tun müssen, um aus der für mich demütigenden Situation herauszukommen.“ Andernfalls sei mit Sicherheit eine Revolution zu gewärtigen, die seine Abdankung nach sich ziehen könnte und auf jeden Fall zu einer Gefährdung der Ruhe auf der Balkanhalbinsel führen müßte.

Der deutsche Gesandte antwortete dem König, „daß der bisherige Verlauf der Kreta-Angelegenheit eine Progression darstelle, deren letztes Glied nur die Ver-

<sup>34</sup>) FO 444, 30. 10. 08 *Grey*. Im übrigen schien es ihm verwerflich, „while negotiating with Turkey in concert with the other three Powers about Crete“, hinter ihrem Rücken mit Athen über die Verpachtung der Suda-Bucht zu reden.

<sup>35</sup>) FO 647, 5. 1. 09 *Grey*.

<sup>36</sup>) Mitte Februar 1909 hatte das C. U. P. den gemäßigten Großwesir *Kâmil Paşa* gestürzt und seine Führer in die neue Regierung unter *Hilmi Paşa* geschleust. Liberale und Reaktionäre verbanden sich danach gegen die Komiteeherrschaft und zettelten am 12. April in der Hauptstadt einen Aufstand an, der elf Tage später von mazedonischen Truppen unter *Mahmud Şevket Paşa* niedergeschlagen wurde.

einigung der Insel mit Griechenland sein könne“. Angesichts dieser, mit „mathematischer Gewißheit“ zu erwartenden Entwicklung könne er ruhig abwarten, bis die Schutzmächte sich zu einer Lösung des Problems bequemten<sup>37)</sup>. Doch im Gegensatz zur bosnischen und bulgarischen Frage zeigte Europa im Falle Kretas — vielleicht mit Ausnahme der Italiener<sup>38)</sup> — keine Eile. Selbst *Clemenceau* hatte dem Drängen Londons und seiner Berater nach einer türkenfreundlicheren Politik inzwischen nachgegeben, zumal an eine Lieferung von Kriegsschiffen nach Athen vorerst nicht zu denken war. Die französische Diplomatie betrachtete zwar die Enosis weiterhin als einzig definitive Regelung der Kretafrage, war aber nicht bereit, zu diesem Zweck eine Initiative in Konstantinopel zu unternehmen<sup>39)</sup>. *Sir Edward Grey* ließ sich von der Möglichkeit einer Umwälzung in Athen nicht von seinem Kurs abbringen; er schrieb: „A revolution in Greece would be less serious politically than another in Turkey, and I do not see why we should have our hands forced<sup>40)</sup>.“ Kein Wunder, daß sich *Georg I.* um die Früchte seines bisherigen Wohlverhaltens geprellt fühlte und nach einem neuen Halt suchte.

*Wilhelm II.* bot sich als Stütze des monarchischen Prinzips in Griechenland an, zumal er für die Jungtürken weit weniger Sympathien hegte als seinerzeit für das Reich *Abdul Hamids*. Außerdem befürwortete er eine Annäherung Deutschlands an das Königreich, weil dadurch das konservative Element auf dem Balkan gestärkt und der deutschen Industrie wirtschaftliche Vorteile eröffnet würden, „da bekanntlich sowohl in der europäischen Türkei als auch in Kleinasien der griechische Kaufmann in Handel und Gewerbe die erste Rolle spielt und gegebenenfalls deutsche und griechische Kapitalisten zusammenarbeiten könnten<sup>41)</sup>.“ Seine Regierung zog jedoch die Verbindung mit Istanbul derjenigen mit Athen vor und riet dem Kaiser, eventuelle Avancen, die ihm griechischerseits während seines Aufenthaltes auf Korfu im Frühjahr 1909 gemacht werden könnten, mit dem Verlangen nach einer vorherigen Bereinigung des griechisch-türkischen Verhältnisses zu beantworten. *Wilhelm II.* hielt sich an diese Empfehlung, als ihn *Theotokis* für

<sup>37)</sup> AA Türkei 94, Band 168, 16. 3. 09 *Wangenheim*.

<sup>38)</sup> Der italienische Außenminister *Tittoni* drängte seit dem Besuch *Georgs I.* in Rom (November 1908) auf eine Regelung der Kretafrage. Im Foreign Office bemerkte Lord *Fitzmaurice* dazu: „As the French are now persuaded that a discussion would be inopportune at present, we need not fear that the Italians will try to initiate one.“ (FO 647, Anm. zu 9. 1. 09 *Rodd*).

<sup>39)</sup> DDF XI, Nr. 594 und 597. Unterstaatssekretär Lord *Fitzmaurice* begrüßte den Stimmungsumschwung in Paris aufrichtig: „If we could let it be known to the Turks that the discussion which they so much feared is no longer imminent, our influence and prestige at Constantinople would be increased. We may as well get the credit for the result, which is really due to the firmness of H. M. G. in face of French pressure.“ (FO 647, Anm. zu 10. 1. 09 *Bertie*). Dagegen warnte der französische Vertreter in Athen: „Nous ne devons pas compromettre . . . le bénéfice de notre constant et amical bon vouloir à l'égard de la Grèce. Le Gouvernement grec de son côté ne doit pas perdre le bénéfice de son attitude prudente et correcte, attitude qui lui a été imposée en grande partie par la confiance qu'il mît en nous.“ (DDF XI, Nr. 606).

<sup>40)</sup> FO 648, Anm. zu 28. 5. 09 *Elliot*.

<sup>41)</sup> GP Nr. 9618 Anm.

eine Initiative in der Kretafrage zu gewinnen suchte, machte aber deutlich, daß er danach „Griechenland in seinen Flottenplänen durch die Entsendung eines deutschen Admirals und durch die Gewährung einer Anleihe für Schiffsbauten zu unterstützen“ gedenke<sup>42</sup>).

Die Aussicht auf künftige deutsche Militärhilfe nützte Athen jedoch nichts, solange sie an einen Interessenausgleich mit der Türkei gebunden war; denn Istanbul hoffte gerade durch einen Erfolg über den schwachen griechischen Nachbarn die innere Lage des Reichs zu stabilisieren. Theoretisch hätte es wohl im Interesse des Dreibundes gelegen, eine Allianz der nichtslawischen Balkanstaaten Türkei, Rumänien und Griechenland zur Erhaltung des Status quo im Orient anzustreben, wie dies der österreichische Militärattaché in Athen vorschlug. Allein Baron *Giesl* sah sehr wohl ein, „daß die Forts nicht vor der Zitadelle gebaut werden können“, d. h. daß es in der Hauptsache auf die Gewinnung der Jungtürken ankam und daß dies nur möglich war, wenn man sich in der Kretafrage ruhig verhielt. Eine Fürsprache zugunsten der Enosis wäre vielleicht einem innerlich starken und verbündeten Regime gegenüber vertretbar gewesen. Die Regierung *Hilmi Paşa* darauf anzusprechen, hieß jedoch, die Triple-Entente einzuladen, „alle unsere Zukunftshoffnungen bezüglich der Türkei für immer zu vernichten“, wie dies *Wangenheim* formulierte. Nur ein Vorgehen aller Großmächte hätte dieses Risiko ausgeschaltet, doch fand sich keine dazu bereit, diesen Schritt überhaupt anzuregen, aus Furcht, von den Rivalen um die Gunst der Jungtürken ausgestochen zu werden<sup>43</sup>).

Unter diesen Umständen war das Äußerste, was die Kreter von den Mächten zu erwarten hatten, die Evakuierung der fremden Truppen ohne definitive Festlegung des staatsrechtlichen Status der Insel. Griechenland hatte keine Interventionsmöglichkeit; zwar glaubten einige jüngere Offiziere, die Insel mit der Flotte erobern zu können, aber die Armeeführung schloß eine kriegerische Lösung angesichts des verwahrlosten Zustands ihrer Streitkräfte aus. Daß sie eine Mobilmachung vorbereitete, geschah hauptsächlich mit dem Zweck, sich gegen den Vorwurf abzusichern, nichts für die Verteidigung der hellenischen Interessen getan zu haben. An einen ernsthaften Konflikt, geschweige denn an eine Provozierung der Türken dachten König *Georg* und sein Premier nicht. *Wilhelm II.* schloß daraus, daß es im Juli einen „erstklassigen Skandal“ geben werde, „der vielleicht dem König den Thron kostet“. Dies abzuwenden, war nicht seine Aufgabe; vielmehr billigte er die Weisung des Reichskanzlers *Bülow*, in der Kretafrage weiterhin eine strikt reservierte Haltung einzunehmen. „Wir gehören nicht zu den Garantiemächten. Das ist deren Sache! Wir haben seiner Zeit die Flöte fortgelegt<sup>44</sup>.“

<sup>42</sup>) GP Nr. 9623. Die Angebote *Wilhelms II.* trugen wesentlich zur Abkühlung des griechisch-französischen Verhältnisses bei (vgl. *British Documents on the Origin of the War*. Band IX/1, Nr. 32). Im Foreign Office nahm man die Sache nicht tragisch: „The German Emperor's action was apparently based on somewhat sentimental grounds and may be regarded with mixed feelings by Bülow.“ (FO 648, Anm. zu 18. 5. 09 *Rodd*).

<sup>43</sup>) GP Nr. 9635.

<sup>44</sup>) AA Türkei 94, Band 168, 30. 5. 09 *Bülow* an *Wilhelm II.* und Anm.; Band 169, Anm. zu 12. 6. 09 *Wangenheim*; Band 170, 18. 6. 09 *Wangenheim*.

Im Gegensatz zu den Griechen zeigten die Jungtürken unverhohlen ihre Bereitschaft zu einem Waffengang. Kriegsminister *Mahmud Şevket Paşa* schätzte den Gegner noch schwächer ein, als er 1897 gewesen war. „Das 3. türkische Korps allein würde genügen, Thessalien zu besetzen und selbst bis Athen vorzumarschieren. Von einem solchen Staat die Annexion türkischen Gebiets zu dulden, sei eine Schande, welche die Armee und das Volk nicht ertragen könnten<sup>45)</sup>.“ Die türkische Flotte, die von dem britischen Vizeadmiral *Gamble* kommandiert wurde, lief in das Marmarameer aus, um einige Trainingsfahrten zu absolvieren und ihre Bereitschaft zu demonstrieren, in den Kampf um Kreta notfalls einzugreifen. Man sprach sogar davon, daß der Nachfolger *Abdul Hamids*, Sultan *Mehmed Reşad V.*, an Bord gehen und in seiner Eigenschaft als Großadmiral das Kommando über die acht größeren und sechs kleineren Kriegsschiffe übernehmen würde! Konnte nicht ein Krieg gegen die verhaßten Griechen, und sei es ein Präventivschlag gegen Thessalien, mehr als jede andere Maßnahme die Integrität der europäischen Türkei sichern und die Position des C.U.P. festigen?

Im Bewußtsein ihrer starken Position verlangte die Pforte von den Schutzmächten, daß sie auf die Evakuierung Kretas verzichten sollten, solange dessen künftiges Schicksal nicht geklärt sei. Doch für diese Forderung fand sie keine Unterstützung; selbst England befürwortete den Abzug seiner Soldaten und riet den Türken, schleunigst Vorschläge für eine Kretaregelung vorzulegen<sup>46)</sup>. Als diese ausblieben, setzte es sich bei seinen Partnern dafür ein, nach der Räumung der Insel vier statt eines einzigen Kriegsschiffes in der Sudabucht zu stationieren, um ihre und die Rechte des Sultans zu wahren. Gleichzeitig wurde das kretische Exekutiv-Komitee für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verantwortlich

---

<sup>45)</sup> AA Türkei 94, Band 168, 23. 5. 09 *Marschall*; vgl. auch FO 648, 18. 5. 09 *Lowther*. Der türkische Außenminister *Rifât Paşa* äußerte sich während seines Italienbesuches ähnlich negativ über Griechenland, wobei er betonte: „Würde Kreta in Griechenland inkorporiert, so ist . . . zu fürchten, daß der politisch regsame und ehrgeizige kretische Stamm sich ganz und gar der Führung des griechischen Staatswesens bemächtigt. Statt das Königreich Kreta, würde letzteres Eiland Griechenland annektieren. Gleichzeitig dürfte eine Politik eingeleitet werden, die auf Inkorporierung aller noch übrigen ägäischen Inseln hinzielt.“ (Ebenda, 3. 4. 09 *Monts*). Botschafter *Hakki Paşa* meinte, während die übrigen Veränderungen des Status quo im Balkanraum seit Oktober 1908 den Herrschaftsbereich des Sultans nur nominell geschmälert und den betroffenen Ländern keinen Zuwachs an Kraft gebracht hätten, bilde Kreta einen Sonderfall. „Historically speaking, Crete had never been governed from Athens, it had always been detached. The transfer to Greece represented a very large addition of territory to which the kingdom . . . could not put forward any historical pretensions. It was far preferable from the Turkish standpoint that Crete should remain, as at present, practically autonomous than that it should contribute to fortifying the Hellenic kingdom which had constantly grown greater at the expense of Turkey by the grace of Europe.“ (FO 647, 4. 2. 09 *Rodd*).

<sup>46)</sup> Sir *Edward Grey* versicherte dem türkischen Geschäftsträger *Cevat Bey*, er verstehe zwar die Sorgen der Pforte und „did not wish to do anything which would offend Turkish feeling“; doch sei der Rückzug mit den übrigen Mächten abgesprochen und nach über zehn Jahren kostspieliger Besetzung Kretas auch gerechtfertigt, sofern Ruhe und Ordnung auf der Insel gewahrt blieben (FO 648, 2. 4. 09 *Grey an Lowther*).

gemacht und mit einer Wiederbesetzung der Insel bedroht, sofern es seiner Aufgabe nicht nachkam. Die Regierung in Athen wurde informiert, daß die Schutzmächte das Kreta-Problem weiterhin mit Wohlwollen behandeln und einen günstigen Augenblick benützen würden, um mit der Türkei eine Lösung auszuarbeiten. Dem Rückzug der internationalen Kontingente Ende Juli 1909 stand danach nichts mehr im Wege.

Die griechische Presse beurteilte das Vorgehen der Mächte unter den gegebenen Umständen als durchaus günstig; ihre Kritik richtete sich nicht gegen die Großmächte oder die Türkei, sondern gegen die eigene Regierung, die wegen mangelnder militärischer Vorbereitung das Annexionsversprechen nicht hatte einlösen können. Premier *Theotokis*, dem es in einer vierjährigen Amtszeit nicht gelungen war, das Land aus seiner politischen und wirtschaftlichen Stagnation herauszuführen, mußte seinen Abschied nehmen. Als Nachfolger berief König *Georg* den Oppositionsführer *Rhallis*, der das äußerste zu tun versprach, um einen Konflikt mit der Türkei zu vermeiden. So verzichtete er darauf, die Grenztruppen im Norden zu verstärken und die Kriegsmaterialvorräte durch kurzfristige Bestellungen aufzufüllen; er unterband die Ausfuhr von Waffen sowie den Übertritt von Banden nach Mazedonien und plante die Verschiebung der Herbstmanöver, ja er wollte sogar die auf „Instruktionsurlaub“ abwesenden Offiziere in die Heimat zurückholen<sup>47)</sup>!

Die Jungtürken gaben sich mit diesen Konzessionen, die den Widerstand des hellenischen Elementes gegen ihre Herrschaft gebrochen hätten, nicht zufrieden. Sie nutzten vielmehr ein an und für sich harmloses Ereignis — die Hissung der griechischen Fahne an der Hafeneinfahrt nach Canea am 4. August —, um auch auf Kreta wieder mitregieren zu können. Sie bestanden auf der Niederholung der Flagge, deren Existenz einer Verletzung des Status quo bei Abzug der Besatzungstruppen gleichkomme, die sie nicht hinnehmen wollten, obwohl seit Oktober 1908 an vielen Orten griechische Fahnen wehten. Als sich das Exekutivkomitee dazu nicht herbeiließ, forderte die Pforte Athen ultimativ auf, das Vorgehen der Kreter schriftlich zu desavouieren, die griechischen Offiziere, die seinerzeit mit Zustimmung der Mächte auf die Insel gebracht worden waren, abzuziehen und formell auf jede Beteiligung an der Lösung der Kretafrage zu verzichten. Der Ökumenische Patriarch wurde gebeten, den Metropolit von Canea abzusetzen, weil auf seiner Residenz die griechische Fahne flatterte, und die kretische Moslembevölkerung wurde beschworen, im Lande auszuharren, damit der Sultan an Ort und Stelle mit treuen Parteigängern rechnen konnte.

*Rhallis* antwortete mit einem Hinweis auf seine korrekte Haltung in der mazedonischen und die Nichtzuständigkeit seiner Regierung in der Kretafrage. Zu-

---

<sup>47)</sup> AA Türkei 94, Band 171, 3. 8. 09 *Riepenhausen*. *Wangenheim* kommentierte, die Regierungskrise sei zwar nicht durch die Kretafrage veranlaßt, denn: „Das Ministerium Theotokis ist eines natürlichen Todes gestorben“ — wohl aber seien ihr Verlauf und ihre schließliche Lösung fast ausschließlich durch diese Frage bestimmt worden (AA Türkei 94, Band 170, 23. 7. 09), ein Urteil, das auch noch in den nächsten Jahren Gültigkeit haben sollte.

gleich bat er die Großmächte um Schutz vor der Türkei, die offensichtlich einen Zusammenstoß mit Griechenland anstrebte. Die vier Mächte taten dies insofern, als sie auf ihrer Alleinverantwortung für das Schicksal der Insel bestanden und der Pforte erklärten, sie könnten weder die Entsendung türkischer Kriegsschiffe nach Kreta noch die Haftbarmachung des Athener Kabinetts für die Ereignisse gutheißen. Gleichzeitig drohten sie in Canea mit einer Neubesetzung, falls der Ende Juli bestehende Zustand nicht peinlichst genau eingehalten bzw. wiederhergestellt werde. Denn dem türkischen Argument: „de statu quo en statu quo, on ne tardera pas à arriver à l'annexion“ — war eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen<sup>48</sup>). Die beiden abseits stehenden Großmächte hüteten sich natürlich, in die hoffnungslos verfahrenere Kreta-Angelegenheit einzugreifen, obwohl ihr Dreibund-Partner Italien meinte, daß diese nach Beendigung der Besatzungszeit wieder im Rahmen des Europäischen Konzerts behandelt werden müsse. Sie unterschieden scharf zwischen der Wahrung des Friedens auf der Balkanhalbinsel, wofür sie sich schon deshalb einsetzten, um einer etwaigen Forderung nach einer gemeinschaftlichen Demarche in Konstantinopel zuvorzukommen, und dem Kreta-Problem, das sie ganz den Schutzmächten überließen<sup>49</sup>).

Die Pforte dementierte zwar, einen Krieg gegen Griechenland vom Zaun brechen zu wollen, ließ jedoch an ihrer Absicht, Athen eine diplomatische Niederlage ersten Ranges zu bereiten, keinen Zweifel aufkommen. Die Jungtürken wollten offensichtlich der Welt beweisen, daß die „Große Idee“ der Griechen auf tönernen Füßen ruhte und daß das Osmanische Reich unter ihrer Führung einer neuen Periode der Stärke entgegengehe. Dabei dienten ihnen die Truppen in Mazedonien und der Handelsboykott als äußerst wirksame Druckmittel, während die Flotte, die mit ihren stärksten Einheiten nach Smyrna ausgelaufen war, mehr demonstrativen Wert besaß. Die Armee konnte innerhalb von zehn Tagen mit 100 000 Mann in das Königreich einfallen; 20 000 Mann standen bereits an der griechischen Grenze. Das C.U.P. sorgte dafür, daß die Kriegsbegeisterung — insbesondere der Albaner — aufgeputscht und daß griechische Waren und Schiffe in den Handelszentren des Reiches boykottiert wurden<sup>50</sup>). Die Hoffnung Athens, daß die innere Schwäche der Komiteeherrschaft ein machtvolles Auftreten der Türkei nach außen verhindern würde, erwies sich als verfehlt.

*Hilmi Paşa* verlangte auf Grund dieser nationalen Kraftentfaltung eine Distanzierung der griechischen Regierung von den Taten ihrer Staatsbürger auf Kreta und forderte die sofortige Beendigung der griechischen Aktion in Mazedonien. Die Botschafter der Schutzmächte betrachteten die Lage als so ernst, daß sie eine Kollektivdemarche in Konstantinopel empfahlen, die am 18. August stattfand. Sie erinnerten die Türkei daran, daß sie weder die Probleme Kretas noch diejenigen

<sup>48</sup>) DDF XII, Nr. 275 und 276; AA Türkei 94, Band 171, 5. 8. 09 *Miquel*.

<sup>49</sup>) GP Nr. 9648—9650 und 9656. *Wilhelm II.* bemerkte sarkastisch: „Da die Kretamächte als Füchse ihre Ruthen in der Frage eingebüßt haben, sollen wir jetzt unsere Ruthen über Mazedonien verlieren, den anderen Füchsen zuliebe! Wie schön!“ (AA, a. a. O., Anm. zu 16. 8. 09 Berliner Tageblatt).

<sup>50</sup>) AA Türkei 94, Band 171, 9. und 11. 8. 09 *Miquel*; 9. 8. 09 *von Ostmann*.

Mazedoniens eigenmächtig im direkten Verkehr mit Athen regeln dürfe: Für Kreta seien die vier Mächte zuständig, für Mazedonien das ganze Europäische Konzert, dem Istanbul seine Beschwerden unterbreiten könne. Obwohl derartige Mahnungen das Selbstgefühl der jungtürkischen Führer verletzten<sup>51)</sup>, fanden diese sich mit der Lage ab und demonstrierten ihre friedfertige Gesinnung in einer maßvollen Antwortnote.

Tatsächlich konnte die Türkei zufrieden sein, hatte sie doch zumindest in bezug auf Mazedonien einen Erfolg errungen; „sie nimmt die Verwaltung dieser wichtigen Provinz wieder voll und ganz in ihre Hand, nachdem die fremden Beamtenorgane das Land verlassen haben und die griechischen Geheimagenten abberufen worden sind. Anders liegen die Verhältnisse auf Kreta. Hier hätte die Türkei viel erreichen können, wenn ihr nicht die Schutzmächte Halt geboten hätten.“ Immerhin war es ihr aber gelungen, die Enosis zu verhindern, die allgemein als die einzig definitive Lösung der Kretafrage angesehen wurde<sup>52)</sup>. Ob dem Reich damit mehr als eine Atempause verschafft worden war, mußte allerdings bezweifelt werden, denn die Zeit arbeitete nicht für die Türken, sondern für ihre momentan unterlegenen griechischen Gegner, selbst wenn im Augenblick alle Anzeichen dagegen sprachen.

Die Enttäuschung über das Scheitern der Enosis und die Empörung über das selbstbewußte Auftreten Istanbuls blieben in Athen nicht ohne Folgen. „The blows to the national pocketbook and to national pride led to the Goudi revolution of 1909<sup>53)</sup>.“ Eine Militärliga, der meist jüngere Offiziere angehörten, jagte Ende August die kompromißbereite Regierung *Rhallis* aus dem Amt und übte von nun an hinter den Kulissen die eigentliche Macht im Königreich aus, obwohl Dynastie und Parlament — ebenso wie bei der jungtürkischen Revolution — nicht beiseite

<sup>51)</sup> GP Nr. 9673; DDF XII, Nr. 288 und 291. *Rifât Paşa* beanstandete im Gespräch mit *Marschall* den Ausdruck „Mazedonische Frage“, der bisher noch nie verwendet worden sei und der keine Berechtigung habe, da nach Beendigung der Reformaktion der Mächte „die Schwierigkeiten in Mazedonien lediglich von den Begehrlichkeiten und Eroberungsgelüsten der kleinen Nachbarstaaten herrührten“. Vor allem aber wies der Außenminister die Auffassung zurück, daß die Türkei wegen Mazedoniens keinen Krieg anfangen dürfe, ohne vorher die Signatarmächte des Berliner Vertrags angerufen zu haben. „Derartige ‚bons offices obligatoires‘ könne sich die Pforte um so weniger aufdrängen lassen, als der Berliner Vertrag von einer solchen Verpflichtung kein Wort enthalte.“ (AA Türkei 94, Band 172, 5. 9. 09 *Marschall*).

<sup>52)</sup> AA Türkei 94, Band 172, 31. 8. 09 *Miquel*. Daß die Pforte damit zufrieden war, hatte *Hakki Bey* bereits früher angedeutet, als er gestand: „Crete had practically ceased to be a part of the Ottoman Empire and now conveniently served the purpose of focussing Greek aspirations which, once it was annexed, would be transferred elsewhere, to the detriment of peace and reorganisation in Turkey. It was, therefore, most desirable that its annexation by Greece should remain an unfulfilled ambition.“ (FO 647, 4. 2. 09 *Rodd*).

<sup>53)</sup> Basil Kondis: *Greece and Albania 1908—1914*. Thessaloniki 1976, S. 45. Vgl. auch Hariton Korisis: *Die Entwicklung des Parteiensystems und das Problem der Demokratisierung in einem neuen Staat. Der Weg der griechischen Parteien 1821—1910*. Hersbruck/Nürnberg 1966, S. 179—181 und Victor Papacosma: *The Military in Greek Politics: The 1909 Coup d'Etat*. Kent (Ohio) 1977.

geschoben wurden. Das Programm, das sie dem Lande verordnete, hieß: Stärkung der griechischen Wehrkraft sowie politische und wirtschaftliche Mobilisierung des griechischen Volkes. Die Zielsetzung richtete sich hauptsächlich gegen den türkischen Erbfeind, der imstande schien, dank des Wohlwollens der europäischen Mächte den Emanzipationsprozeß der christlichen Nationalitäten im Osmanischen Reich anzuhalten, wenn nicht gar umzukehren. Eine unmittelbare Kriegsgefahr bestand jedoch nicht, da Griechenland nach dem Umsturz zu sehr mit sich selbst beschäftigt war, um außenpolitische Abenteuer zu suchen. Auf längere Sicht war dagegen ein neuerlicher griechisch-türkischer Konflikt kaum zu vermeiden.

Die Ereignisse von Goudi bestärkten die Schutzmächte in ihrem Entschluß, die Zukunftsinteressen im Orient nicht der griechischen Freundschaft zu opfern. Denn welche Vorteile konnte ihnen das schwache Regime in Athen gewähren, die eine Entfremdung der Jungtürken gerechtfertigt hätten? Der französische Gesandte *Deville* warnte ernsthaft vor der Gefahr, daß dadurch die Griechen Deutschland in die Arme geworfen würden, dessen Unterstützung, wie das Beispiel Rumäniens zeigte, eine Garantie für Stärke und Prosperität zu sein schien. Zwar mißbilligte *Wilhelm II.* den Aufstand der Militärs in Griechenland schärfstens, zumal dadurch sein Schwager Kronprinz *Konstantin* zum Verlassen des Landes gezwungen wurde. Aber daß er mit dem Herzen auf griechischer Seite stand, bewies seine Randbemerkung zu einem Bericht seines Außenministers: „Die Türken müssen sich daran gewöhnen, daß sie Creta los sind! Creta wird sich an Griechenland heranannektieren!“ Sollte das C.U.P. dies zu verhindern trachten, so würde es nur den eigenen Untergang heraufbeschwören; „man lasse [daher] Creta laufen“<sup>54</sup>!

Doch des Kaisers Wille war im Auswärtigen Amt keineswegs Gesetz. Als *Aehrenthal* einen gemeinsamen Schritt in der Kretafrage anregte, um der Türkei einen Dienst zu erweisen und den Eindruck des russisch-italienischen Zusammentreffens von *Racconigi*<sup>55</sup>) zu konterkarrieren, lehnte sein deutscher Kollege *Schoen* dies ab. Botschafter *Marschall* bezeichnete den Gedanken sogar als „ganz unannehmbar“, obwohl Wien für die Wahrung der türkischen Souveränität über Kreta eintrat! Den Vorschlag der Pforte, eine internationale Kreta-Konferenz einzuberufen, wies Berlin ebenfalls zurück, und als die *Vossische Zeitung* Meldungen über eine angebliche Bereitschaft der Türken zu einer griechenfreundlichen Kretaregelung brachte, sorgte *Bethmann-Hollweg* für eine Einstellung der Kampagne, um die schwierige Position des Reichs im Kampf um die Vorherrschaft in Konstantinopel nicht zu komplizieren<sup>56</sup>). Gleichzeitig empfahl er Italien, sich bei seinen Partnern für eine Wiederbesetzung der Insel einzusetzen, wie dies der türkische Außenminister *Rifât Paşa* angeregt hatte, obwohl Rom den griechischen Wünschen immer noch sehr positiv gegenüberstand<sup>57</sup>). Die Reichsregierung hatte ihre Wahl getroffen; für eine monarchische Sonderpolitik zugunsten Griechenlands blieb kein Platz.

<sup>54</sup>) DDF XII, Nr. 300; GP Nr. 9686 Anm.

<sup>55</sup>) Vgl. dazu: F. Tommasini: *L'Italia alla vigilia della guerra. La politica estera di Tommaso Tittoni*. Bologna 1935. Bd. 5, S. 477—503.

<sup>56</sup>) GP Nr. 9674—9676; AA Türkei 94, Band 174, 12. 1. 10 *Marschall* und Anm.

<sup>57</sup>) GP Nr. 9683 und 9684, 9691 Anm. Als Preis für seine Haltung durfte Italien die

Auf Kreta selbst wirkte sich das langanhaltende Provisorium sehr nachteilig aus. „Die seit der Annexionserklärung herrschende Einigkeit unter den hiesigen Politikern beginnt einer Spaltung Platz zu machen; es taucht eine Partei auf, die eine Entscheidung der Mächte nicht abwarten, sondern eine Nationalversammlung einberufen will, um darüber zu beraten, welche Haltung das kretische Volk bei der gegenwärtigen Lage der Dinge einzunehmen hat<sup>58)</sup>.“ Zwar hielten die Parteiführer *Michelidakis* und *Venizelos*, denen die überwiegende Zahl der Abgeordneten gehorchten, ihre Anhänger weiterhin zur Ruhe an, aber die Schutzmächte mußten damit rechnen, daß im kommenden Frühjahr eine Beteiligung der Inselbevölkerung an den griechischen Parlamentswahlen nur zu umgehen war, wenn sie Canea wenigstens eine provisorische Lösung der Kretafrage anbieten konnten. Ihre Erklärung vom 1. Dezember 1909, zu gegebener Zeit mit der Türkei darüber zu verhandeln, reichte schwerlich aus, um die erregten Gemüter zu beruhigen.

Die Mächte waren um ihre Aufgabe wahrlich nicht zu beneiden, denn ihnen bot sich kein bequemer Ausweg aus der Sackgasse an. Eine Wiederbesetzung Kretas hätte große materielle Opfer erfordert und Europa keineswegs der Notwendigkeit einer politischen Lösung enthoben. Eine Autonomie-Regelung nach dem Modell von Samos, die türkische Zeitungen zur Diskussion stellten, war für die Griechen ebenso wenig annehmbar wie eine Unabhängigkeit der Insel<sup>59)</sup>. Eine Rückkehr des Hochkommissars *Zaimis* ohne die ausländischen Truppen oder die Verbindung Kretas mit Griechenland wie 1885 diejenige Ostrumeliens mit Bulgarien<sup>60)</sup> mußte

---

funkentelegraphische Einrichtung für die hellenische Marine liefern, wozu *Wangenheim* bemerkte: „Solange Griechenland das Wohlwollen der Schutzmächte wegen Kretas noch braucht, wird es nicht möglich sein, deutschen Bewerbungen um größere Bestellungen seitens der griechischen Regierung den Vorrang vor Mitbewerbungen französischer, englischer oder italienischer Firmen zu sichern. Die Einbußen, welche unsere Industrie hier erleidet, werden aber wohl ausgeglichen werden durch die Wirkungen unserer Kretapolitik auf die türkische Geneigtheit, sich militärisch und auf anderen Gebieten in Deutschland auszustatten.“ (AA Türkei 94, Band 170, 17. 7. 09 *Wangenheim*).

<sup>58)</sup> AA Türkei 94, Band 173, 13. 10. 09 *Krüger*. Zu den Befürwortern dieser Idee gehörte der frühere Minister *Koundouros* und der Großgrundbesitzer *Konstantin Manos*, ein Neffe des damaligen griechischen Premierministers *Mavromichalis*.

<sup>59)</sup> Letzterer Gedanke war 1907 vom britischen Generalkonsul *Peel* aufgebracht worden und fand bei dem venizelistischen Teil der Inselbevölkerung Anklang: „This group has a bitter recollection of the wrongs they suffered during the High Commissionership of Prince George and the number of Greeks then appointed to the much-coveted official positions . . .“ (FO 443, 30. 9. 07 *Peel*). Der stellv. russische Außenminister *Čarykov* nahm die Idee 1908 auf, indem er versicherte, „that the Cretans in their heart did not really desire union with Greece . . . If the present regime continued for 3 or 4 years, the Cretans would gradually give expression to their real aspirations which were towards independence without union.“ Im Foreign Office wäre eine solche Lösung begrüßt worden, doch wurden die Aussichten ihrer Verwirklichung ungünstig beurteilt: „Unfortunately, the crisis has come before this subconscious tendency has had time to mature, and the Cretans have shouted so long and so loud for union, that they cannot now for very shame drop the cry.“ (FO 444, 10. 10. 08 *Nicolson* und Anm.)

<sup>60)</sup> Eine Personalunion — etwa in Form einer Verpachtung der Insel an *Georg I.* — hätte den Türken nach britischer Auffassung noch am ehesten zugemutet werden

auf den Widerstand der Türken stoßen. Folglich blieb die Fortführung des Status quo vom Juli 1909 die einzige Politik, die allen Parteien zugemutet werden konnte, denn auch die Kreter selbst sprachen sich jetzt dafür aus, die definitive Klärung ihres Schicksals umsichtig vorzubereiten.

Im Januar 1910 begaben sich *Venizelos* und *Konstantin Manos* nach Athen, um mit dem Militärverband und der von ihm kontrollierten Regierung ein gemeinsames Aktionsprogramm abzusprechen. Es sah die Einberufung einer Nationalversammlung anstelle der Wahl eines neuen Parlaments vor, welche die zur Stärkung Griechenlands notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen verabschieden sollte, damit es dereinst in der Lage wäre, die Annexion Kretas aus eigener Kraft durchzusetzen. Um irgendwelche Störungen dieses Reformprozesses auszuschalten und statt dessen die notwendige europäische Unterstützung zu gewinnen, sollten Ruhe und Ordnung in Mazedonien und auf Kreta sowie freundschaftliche Beziehungen zur Türkei aufrechterhalten werden<sup>61</sup>). Allerdings waren die Kreter nicht gewillt, die mehr plakativen Errungenschaften vom Oktober 1908 — Übernahme griechischer Gesetze, Druck von Briefmarken mit der Bezeichnung ‚Hellas‘, Zuständigkeit des Athener Appellationsgerichts für alle Fälle zweiter Instanz — aufzugeben.

Es war von vornherein abzusehen, daß die Erhaltung eines derart prekären Gleichgewichts von allen Seiten äußerste Vorsicht und guten Willen erforderte. Beides durfte aber nicht vorausgesetzt werden, weshalb die französische Diplomatie eine Vereinbarung über Gegenmaßnahmen vorschlug, falls sich die Lage im Frühjahr verschärfen sollte. Übereinstimmend waren die Schutzmächte der Ansicht, daß eine Absendung kretischer Parlamentarier in die Athener Kammer verhindert werden müsse. Wie dies jedoch zu erreichen sei, war umstritten. *Grey* befürwortete eine Besetzung der kretischen Zollämter, während *Izvol'skij*, „largely on consideration of expense and also on difficulties raised by the Russian Military Authorities“ den Einsatz von Landtruppen ablehnte und statt dessen eine Flottendemonstration vorschlug, „though he must have been well aware of the futility of such a manifestation“. Der französische Außenminister *Pichon* verlangte die Wiederbesetzung der Insel, zumal ihn das Vorgehen der Kreter in der Kapitulationsfrage verärgert hatte<sup>62</sup>). Glücklicherweise wurde ein Konflikt durch die

---

können: „Turkey would not then be leasing territory to a people whom she has always conquered in war, but to a Monarch who belongs to a dynasty possessed of more prestige than the nation over which he reigns.“ (FO 648, Anm. zu 27. 3. 09 *Rodd.*) Der französische Botschafter in Istanbul meinte jedoch, eine solche Lösung bedeute Krieg. „Si l'on a à coeur d'éviter une collision entre les deux pays voisins, il convient . . . de garder la Grèce contre toute immixtion dans les affaires de Crète.“ (DDF XII, Nr. 446.)

<sup>61</sup>) AA Türkei 94, Band 174, 13. 1. 10 *Wangenheim*. *Grey* bemerkte in diesem Zusammenhang: „If the Cretans soothe their pride by adopting the formula that they will not send deputies to Greece till the Greek army is ready to take on the Turks, it will indeed be a postponement sine die.“ (FO 908, Anm. zu 21. 1. 10 *Wratislaw*).

<sup>62</sup>) DDF XII, Nr. 408, 409 und 412; FO 881, 31. 5. 10 *O'Beirne* und Anm. Das kretische Exekutivkomitee hatte sich nach der Übernahme der griechischen Gesetzgebung gegen eine Beteiligung der fremden Konsulate an der Urteilsfindung der lokalen

Mäßigung Athens abgewendet: die Militärliga wurde aufgelöst und die Parlamentswahl auf den Sommer verschoben. Doch auf Kreta spitzte sich die Lage zu, als die christlichen Politiker verlangten, daß auch die im März gewählten moslemischen Abgeordneten des Inselparlaments den Eid auf König *Georg* leisten müßten.

Sogleich erhob sich in der Türkei eine Protestbewegung gegen diese neue Anmaßung der Kreter. Der bekannte jungtürkische Journalist *Hüseyn Cahit* befürwortete in einem leidenschaftlichen Artikel des ‚Tanin‘ das Auslaufen der osmanischen Flotte nach der Sudabucht. Die Schutzmächte mußten intervenieren, um eine Wiederholung der Krise vom Sommer des Vorjahres und eine endgültige Kompromittierung des griechischen Königshauses zu verhindern. Sie taten dies mit einer allgemeinen Warnung in Canea und der bestimmten Aufforderung, von moslemischen Parlamentariern und Beamten keine Eidesleistung zu verlangen. In gleicher Weise wirkten der griechische Vertreter auf der Insel, *Rangabé (Rankavis)*, und der kretische Regierungschef *Venizelos*, dem es gelungen war, durch die Abwerbung von Anhängern seines Rivalen *Michelidakis* eine knappe Mehrheit im Inselparlament (59 zu 54 Stimmen) zusammenzubringen. Da er die besonnenen Elemente vereinigte, konnte mit einer Beruhigung der Lage gerechnet werden<sup>63</sup>). Sollte er scheitern, so war eine Wiederbesetzung Kretas und die Benennung eines Hochkommissars durch die Mächte kaum zu umgehen<sup>64</sup>).

Die Pforte nützte die Gelegenheit, um den Schutzmächten eine Kreta-Regelung auf folgender Basis vorzuschlagen: 1. Autonomie der Insel; 2. Ermächtigung der Türkei, Verstöße der Kreter gegen die Rechte des Sultans direkt zu ahnden; 3. Stationierung eines türkischen Kriegsschiffes in der Suda-Bucht; 4. Zahlung eines Tributs; 5. Interventionsrecht der Türkei auch für den Fall, daß die Rechte der einheimischen Moslems beschnitten wurden; 6. Verzicht der Inselbevölkerung auf alle hellenischen Embleme (Flaggen, Briefmarken usw.)<sup>65</sup>). Paris, Rom und

---

Gerichte ausgesprochen, wie sie unter dem Kapitulationenregime vorgesehen war. Paris empfahl darauf, die Kreter mit wirtschaftlichen Druckmitteln, d.h. dem Verlangen auf Barzahlung ihrer Importe, zur Vernunft zu bringen. Seine Ententepartner lehnten einen solchen Kurs jedoch ab, da die Beteiligung Österreichs und Deutschlands unsicher sei und auf jeden Fall der Handel der Drittländer, vor allem Griechenlands, von den Maßnahmen profitieren würde. In ihrer Note vom 1. Februar wiesen die Schutzmächte deshalb nur allgemein auf die gefährlichen Folgen des kretischen Vorgehens hin. Dennoch beugte sich Canea nach kurzem Zögern ihrem Druck (FO 882, 4. 1., 6. und 8. 2. 10 *Wratislaw*; 8. 1. 10 *Bertie* und Anm.).

<sup>63</sup>) AA Türkei 94, Band 174, 21. 5. 10 *Marschall*; Band 175, 20. 5. 10 *Krüger*; FO 881, 23. 5. 10 *Wratislaw*. *Venizelos* Regierungsprogramm umfaßte folgende Punkte: 1. Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Schutz der Moslemminderheit. 2. Bildung neuer Gemeinderäte. 3. Kapitalerhöhung bei der Agrarbank und Verschmelzung der Kreta-Bank mit der griechischen Nationalbank. 4. Reform der Klösterverwaltung, um eine ausreichende Besoldung der Geistlichkeit zu gewährleisten. 5. Personelle Ausdehnung der Miliz bei gleichzeitiger Senkung der Dienstzeit von 12 auf 6 Monate. 6. Förderung des Weinbaus sowie des Ausbaus der Häfen und Verkehrswege.

<sup>64</sup>) *Pichon* wollte diese Wahl im Gegensatz zu den Zusagen von 1906 unter Umgehung des griechischen Königs nach Absprache mit der Pforte treffen! (DDF XII, Nr. 498 und 503).

<sup>65</sup>) Im Foreign Office wurde dieser Vorschlag nicht ernst genommen; *Hardinge*

Petersburg sahen nun den Zeitpunkt für gekommen, eine Kreta-Konferenz in London abzuhalten; doch die britische Diplomatie wies den Gedanken entschieden zurück, da sie keine Lösungsmöglichkeit erblickte: „Autonomy with a High Commissioner appointed by the King of Greece or with a Governor appointed by Turkey would be unacceptable to the Turks or Cretans. Occupation by the international troops could not be effective without a serious expedition which would probably mean the massacre of the Muslims or an invasion of Thessaly. There was consequently nothing to be done but to devoutly hope that the Cretans will not be recalcitrant and will admit the Moslem deputies<sup>66</sup>).“

Als einzig mögliche Vorsichtsmaßnahme erwog *Grey* die Verdoppelung der Kriegsschiffe in den kretischen Gewässern und die Landung von Matrosen, falls die Kreter auf der Eidesleistung aller Abgeordneten beharrten. Deren Aufgabe würde darin bestehen, die Zollämter zu besetzen und ihre Einnahmen zu sequestrieren, bis Canea zum Status quo zurückkehrte. Gegen eine derart beschränkte Aktion ließen sich allerdings erhebliche Bedenken vorbringen<sup>67</sup>), die London um so weniger übergehen konnte, als seine Verbündeten gegen den Plan Stellung bezogen. *Izvol'skij* schlug vor, die Kreter mit der Drohung einer Wiederbesetzung der ganzen Insel und der Einführung einer ausländischen Verwaltung zur Raison zu bringen. *Grey* stimmte ihm unter der Voraussetzung zu, daß 1. die Flottenpräsenz verstärkt und die Wirkung dieser Maßnahme erst abgewartet wurde, 2. die Besetzung ausdrücklich nur bis zur Lösung der Kretafrage ins Auge gefaßt, und 3. sogleich mit diesbezüglichen Beratungen im Rahmen des Europäischen Konzerts begonnen wurde. Gleichzeitig billigte er den Entwurf einer Note, die Paris an die Pforte richten wollte, um sie durch den Hinweis auf ihre souveränen Rechte zu beruhigen<sup>68</sup>) und zu einer Beendigung der antigriechischen Politik zu veranlassen.

---

kritisierte: „The Turks seem to have forgotten that they were compelled by the Powers to evacuate the island on account of their massacres, maladministration and attack on the international troops. The clock cannot be set back, and their proposals would mean new massacres and an insurrection in the island.“ (FO 882, Anm. zu 2. 6. 10 *Lowther*).

<sup>66</sup>) FO 882, 10. 6. 10 *Hardinge*.

<sup>67</sup>) Generalkonsul *Wratislaw* befürchtete, die Kreter könnten zum „passiven Widerstand“ übergehen; zumindest würde die Regierung zurücktreten, „having no revenue left worth speaking of“, möglicherweise auch das Personal der Zollämter. „In the latter case, all trade . . . would be at a standstill, unless we had a fresh staff ready. With regard to the outlying Moslems, even should they be willing to leave their property and come to the towns, we should have to make arrangements for feeding them there.“ (FO 882, 14. 6. 10 *Wratislaw*). Die Kritik des französischen Botschafters in Konstantinopel, *Bompard*, war grundsätzlicher Natur: „On ne peut s'exposer en effet à avoir recours tous les six mois à de pareilles mesures pour régler des incidents de détail provoqués à plaisir par les Crétois. Il y aurait lieu . . . de faire de la mise à l'étude du statut définitif de la Crète la condition de l'acceptation des propositions anglaises.“ (DDF XII, Nr. 514).

<sup>68</sup>) FO 883, 15. 6. 10 *Grey* an *Bertie*; 20. 6. 10 russische Note und Anm.; DDF XII, Nr. 518. *Paul Cambon* rechtfertigte den Ausdruck „droits souverains“, der erstmals seit 1898 im Zusammenhang mit Kreta gebraucht wurde, mit dem Zweck der Note und

Die Einigung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen Frankreich und England in der Kretafrage ein Rollenwechsel stattgefunden hatte, der eine gewisse Verstimmung in den beiderseitigen Beziehungen auslöste<sup>69)</sup>. Während die Briten — sei es aus Verärgerung über den Sturz *Kâmil Paşas*, sei es aus dynastischen Gründen<sup>70)</sup> — stärker ihre griechenfreundlichen Gesinnungen beteuerten, ließ Paris durchblicken, daß es am liebsten das Vorgehen Berlins und Wiens nachahmen würde, wenn es nicht eine Trübung seines Verhältnisses zu den Entente-Partnern befürchten müßte. Der italienische Botschafter in London führte die Sprache des ‚*Temps*‘ auf türkische Subsidien zurück, die bereits zu Zeiten *Abdul Hamids* gezahlt worden seien; britische Zeitungen dagegen machten die deutsche Politik für die Trübung der ‚*Entente cordiale*‘ verantwortlich. Doch ob Deutschland seine Sonderrolle noch lange durchhalten konnte, war fraglich, nachdem auch von türkischer Seite ein Eingreifen der beiden Mittelmächte gewünscht wurde, weil ohne sie eine definitive Kretalösung nicht erreichbar war<sup>71)</sup>.

Der Schritt der Schutzmächte in Konstantinopel führte dazu, daß der Boykott fremder Waren auf griechischen Schiffen eingestellt wurde. Im übrigen hielt das C.U.P. jedoch an seiner harten Haltung gegenüber Griechenland fest. Um so erfreulicher war, daß sich Athen für ein Nachgeben der Kreter einsetzte und daß die Entente in Canea einen Partner besaß, auf den sie sich verlassen konnte. *Wratislaw* schrieb über *Venizelos*: „I cannot certainly imagine any of his countrymen showing such pluck and determination as he has in this matter nor such

---

der praktischen Bedeutungslosigkeit der Formel, „since the only sovereign right of Turkey existing in the island is the Turkish flag flying at Suda“ (FO 883, 18. 6. 10 *Hardinge*). Während *Grey* sich mit dieser Erklärung abfand, meldete die russische Diplomatie Bedenken an, konnte sich aber nicht durchsetzen (FO 883, 23. 6. 10 *Hardinge*).

<sup>69)</sup> Die französische Presse kritisierte offen, „that while France was anxious to effect a definite solution of the Cretan question, England hung back and was content with palliative and temporary measures“ (FO 883, 15. 6. 10 *Bertie*). *Wilhelm II.* nahm in diesem Zusammenhang Partei für Frankreich und verurteilte die britische Politik als Quadratur des Zirkels: „Die Engländer wollen alles im Unsicheren lassen, es scheinbar jedem Recht machen, Konflikte sich entwickeln lassen, um schließlich die Türkei und die anderen zu prellen und das, was sie von Creta nicht einstecken, Griechenland zu überlassen.“ (AA Türkei 94, Band 175, Anm. zu 15. 6. 10 *Kühlmann*).

<sup>70)</sup> Die Gattin *Edwards VII.* setzte sich entschieden für eine Lösung ein, die ihres Bruders Stellung in Athen festigen würde (DDF XII, Nr. 402); der dynastische Faktor war nach deutscher Auffassung für den neuen Kurs Englands entscheidend. „Steckt auch in den Liberalen noch ein Gutteil altmodischen Philhellenismus . . . so würden doch sentimentale Motive nicht ausreichen, eine englische Politik zu erklären, welche bei aller Vorsicht doch vitale großbritannische Interessen am Goldenen Horn aufs Spiel setzen muß.“ (AA, a. a. O., 16. 6. 10 *Kühlmann*).

<sup>71)</sup> FO 883, 20. 6. 10 *Grey* an *Rodd*. Der Widerstand gegen eine Kretakonferenz rührte vor allem von Italien her, das argumentierte: „It would be a sorry end to the 14 years of occupation, if the occupying Powers found themselves obliged to impose a definite solution on Crete by force“ (FO, a. a. O.), bzw. von Rußland, das nicht einsehen wollte, warum in diesem Fall anders vorgegangen werden sollte als im Hinblick auf Bosnien und Bulgarien.

disregard of all personal considerations<sup>72</sup>).“ Verzweifelt bemühte sich der Premier, seine Landsleute für die Annahme der Mächteforderungen zu gewinnen und stellte der Opposition sogar eine Regierungsbeteiligung in Aussicht. *Michelidakis* verweigerte jedoch wegen der Entlassung seiner Parteigänger aus dem kretischen Staatsdienst jede Mitarbeit und überließ die ganze Arbeit seinem Rivalen, dem es nur mit Mühe gelang, das Quorum für eine Parlamentssitzung, auf der seine Politik mit vier Gegenstimmen gebilligt wurde, zusammenzubringen<sup>73</sup>).

Die vier Mächte revanchierten sich für die vernünftige Haltung Caneas mit dem Rückzug ihrer zusätzlichen Kriegsschiffe, da keine Gefahr von Unruhen mehr bestand, „especially as the Chamber is not to meet for some months and everything is quiet“<sup>74</sup>). Auch die Pforte erklärte sich befriedigt, obwohl sie es gerne gesehen hätte, wenn die 16 Moslem-Abgeordneten wenigstens an einer Sitzung hätten teilnehmen können<sup>75</sup>). Dagegen beschwerte sie sich bitter über die Einmischung Griechenlands, wurde aber vom britischen Unterstaatssekretär *Charles Hardinge* zurechtgewiesen, daß sie nicht von den Mächten eine Intervention in Athen verlangen könne, solange sie den Handelsboykott gegen die Griechen trotz gegenteiliger Versprechungen aufrechterhalte<sup>76</sup>). Auf Kreta selbst schien man sich mit dem vorläufigen Scheitern der Unionspolitik abzufinden, betonte aber zugleich, „that some more stable and authoritative form of government than at present is required to tide over the period of waiting“. Als derartige Interimslösung bot sich vor allem die Rückkehr des Hochkommissars an, für die *Koundouros* seit langem eintrat<sup>77</sup>).

<sup>72</sup>) FO 883, 11. 7. 10 *Wratislaw*.

<sup>73</sup>) FO 883, 30. 6. und 8. 7. 10 *Wratislaw*. Der Zorn des britischen Generalkonsuls richtete sich gegen Oppositionsführer *Michelidakis*: „He was . . . at heart perfectly agreed with his antagonist that the only course to be pursued in the interests of Crete was to obey the Powers, but he nevertheless allowed himself to be overridden by his blatant so-called supporters.“ Wie er das mit seiner laut verkündeten Anhänglichkeit an das griechische Königshaus vereinbaren könne, bleibe ein Rätsel (FO 883, 11. 7. 10 *Wratislaw*).

<sup>74</sup>) FO 883, 14. 7. 10 *Wratislaw*; Anm. zu 15. 7. 10 *Rodd*. Frankreich und Italien zogen zeitweise sogar alle ihre Schiffe aus kretischen Gewässern ab.

<sup>75</sup>) *Venizelos* hatte dies als unzumutbar abgelehnt, da die Abgeordneten offenbar ihre Instruktionen aus Istanbul bezogen und davon sprachen, sie würden nichts weiter als die Autonomie anerkennen, welche die osmanische Regierung der Insel anno 1898 gewährt habe (FO 811, 13. 5. 10 *Wratislaw*). Er sorgte jedoch dafür, daß sie trotzdem ihre Sitzungsgelder erhielten.

<sup>76</sup>) Die griechische Regierung hatte die Bitte der Mächte um Unterstützung in Canea als Gelegenheit benützt, um der Welt zu dokumentieren, „that the sovereignty over the Cretans de facto lay in Athens“ (FO 883, 8. 7. 10 *Young*). *Norman* zeigte sich davon überrascht: „Nobody could have imagined that the Greek government would have responded to an appeal for the use of their influence in Crete in such a deliberately indiscreet and provocative way.“ (FO 883, Anm. zu 10. 7. 10 *Young*).

<sup>77</sup>) FO 885, 21. 7. 10 *Wratislaw*. *Izvol'skij* hatte in diesem Zusammenhang *Venizelos* als geeigneten Kandidaten empfohlen, was der britische Vertreter jedoch bestritt, „as, though an able and moderate man, he was a party politician and might not have the weight and authority which would properly appertain to the High Commissioner“ (FO 881, 13. 5. 10 *Wratislaw*). Gegen seine Ernennung sprach außerdem, daß die

Nach seinem parlamentarischen Sieg ging *Venizelos*, dessen Gesundheit angegriffen war, zur Kur in die Schweiz. Während seiner Abwesenheit wurde seine Kandidatur für die griechische Nationalversammlung bekannt, worauf sich *Rhallis* beeilte, seinerseits vier antivenizelistische Kreter auf seine Wahlliste zu nehmen<sup>78</sup>). Um eine harte türkische Reaktion — etwa einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen — zu vermeiden, suchte die britische Diplomatie die Kandidaten zum Verzicht auf ein eventuelles Mandat zu bewegen, wozu *Michelidakis* und *Koundouros* bereit waren. In bezug auf den Premier selbst sollte eine Ausnahme gemacht werden, weil sein Ausschluß eine massive Einmischung in die Innenpolitik Griechenlands bedeutet hätte. „It must not be lost sight of that M. Venizelos is the hero of the ‚popular party‘ and is to be the leader of the ‚loyal reformers‘<sup>79</sup>).“ Angesichts dieser Tatsache und der Wahrscheinlichkeit, daß er gewählt wurde, wäre es ausgesprochen unklug gewesen, wenn sich die Mächte von vornherein gegen ihn gestellt hätten, zumal er bereit war, im Falle seiner Wahl alle Ämter auf Kreta aufzugeben. Der Kreter *Polygheorgis* dagegen, der sich gleich ihm auf seine griechische Staatsbürgerschaft berief, sollte nicht gehalten werden, falls die Türken auf seiner Demission beharrten.

Die Wahlen zur Nationalversammlung endeten mit einem überwältigenden persönlichen Erfolg für *Venizelos*<sup>80</sup>), der damit für Istanbul unantastbar wurde. Die Pforte protestierte zwar gegen die Wahl der übrigen Kreter, doch die Mächte sahen keine Veranlassung, in dieser Frage aktiv zu werden, da sie erwarteten, daß die erwähnten Politiker ihre Sitze nicht einnehmen würden. Erst als Athen betonte, daß die Ungültigkeit ihrer Wahl nur vom Parlament selbst festgestellt werden könne, die Teilnahme der Kreter an wenigstens einer Sitzung daher unvermeidbar sei, wurde eine klärende Stellungnahme der Mächte unumgänglich. *Mallet* betonte: „It is clear that there is no goodwill to be found in Athens and

---

Pforte im vorhinein gegen eine Anrufung König *Georgs* protestierte; die Rückkehr von *Zaimis* hätte eine Neuernennung zwar überflüssig gemacht, doch wurde selbst sie von den Türken abgelehnt (ebenda, 30. 5. 10 türkische Note).

<sup>78</sup>) Er tat dies aus rein parteitaktischen Motiven, „as he hopes thereby to transfer to other Cretans some of the votes of the Cretan colony and thus lessen Venizelos' chances of success“ (FO 884, 5. 8. 10 *Young*). Es handelte sich um *Michelidakis*, dessen Anhänger *Papamastarakis*, *Koundouros* und *Polygheorgis*. Die Regierung konnte gegen die Nomination nichts unternehmen und selbst eine Wahl nicht ablehnen, sofern die Kandidaten Besitz im Königreich nachweisen konnten. Im übrigen stellte sich *Rhallis* auf den Standpunkt, daß es sich hierbei um eine Frage der nationalen Ehre handle und daß das griechische Volk sich nicht vom Ausland eine Beschränkung seiner politischen Rechte aufzwingen lasse (FO 884, 17. 8. 10 *Wratislaw*). Vgl. dazu auch DDF XII, Nr. 543.

<sup>79</sup>) FO 884, 21. 8. 10 *Young*. Im Foreign Office meinte man, „that the Turks should consent to lose M. Venizelos' services in Crete“. Da er seit langem griechischer Staatsbürger sei, werde nicht einmal ihre Zustimmung zur Entlassung aus der Untertanenschaft des Sultans benötigt, sofern er nach seiner Wahl Kreta verlasse (ebenda, Anm.).

<sup>80</sup>) Er wurde im Wahlkreis Attika-Böotien, wo bisher *Rhallis* als ungekrönter König geherrscht hatte, mit 30703 Stimmen vor Premier *Dragoumis* (24659) und *Rhallis* (23449) gewählt (vgl. *Korisis*, op. cit., S. 182).

that the Greeks are building their hopes on the intervention of the Powers as in 1881, when they obtained Thessaly, and as in 1896.“ Doch diesmal dürfe ihnen nicht nachgegeben werden. „Greece must assume the entire responsibility of her actions vis-à-vis Turkey and of any consequences, however serious, which may result from the maintenance of her present attitude. This does not bind us not to intervene, if necessary, or if feeling here or our foreign friends desired to do so, but it makes our present position clear<sup>81)</sup>.“

Die Jungtürken gaben ihre anfängliche Zurückhaltung in der Frage der Zulassung kretischer Abgeordneter bald auf<sup>82)</sup> und suchten Druck auf die Schutzmächte auszuüben, um sie, wie *Lowther* meinte, zu einer definitiven Lösung der Kretafrage zu zwingen. „In case of failure, danger of hostilities [with Greece] would then become imminent, and the Turks may be considered as quite ready, though I have no report of recent military movements.“ Möglicherweise würden zu diesem Zweck Agrarunruhen in Thessalien provoziert, die der türkischen Armee, ähnlich wie es im persischen Azarbaiĝan geschehen war<sup>83)</sup>, einen Vorwand für das Eingreifen zur Wiederherstellung der Ordnung liefern könnten. Überdies wurde der Handelsboykott nun auch auf die christlichen Kreter ausgedehnt — mit der Begründung, daß die Insel als Transitland für griechische Waren diene, die von dort in das Osmanische Reich eingeschmuggelt würden<sup>84)</sup>. Offensichtlich hatte sich die extremistische Partei im Komitee durchgesetzt.

In dieser Lage blieb den Griechen nichts anderes übrig als nachzugeben, was geschah, indem die Wahlprüfungskommission ein Urteil über die Rechtmäßigkeit der Wahl jener drei Kreter vermied, die bereits vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung auf ihr Mandat verzichtet hatten. *Venizelos* fuhr am 17. September 1910 mit einem von seinen Anhängern gecharterten und besetzten Dampfer nach Piräus in der festen Überzeugung, nach kurzer Zeit eine wichtige

---

<sup>81)</sup> FO 884, 31. 8. 10 *Young*; 2. 9. 10 *Young* und Anm. Eine unmittelbare Kriegsgefahr bestand nicht, da die Türkei erstens kein Geld für einen Feldzug besaß und zweitens wußte, „that whatever successes she might secure against Greece, she would not be allowed by the four Powers to reap any permanent benefit from them.“ (FO 885, 16. 9. 10 *Cartwright*).

<sup>82)</sup> Der britische Botschafter hatte von vornherein davor gewarnt „to rely too much on the professions of the official Government here, which frequently do not tally with acts of the unofficial Government . . . Semi-republican ideas prevail in some Young Turkish circles, especially those of Salonica, and there are not wanting indications of a tendency to manoeuvre in a way to embroil the situation in Greece, perhaps with the hope that an anti-dynastic upheaval may result.“ (FO 884, 24. 8. 10 *Lowther*).

<sup>83)</sup> Vgl. Bradford G. Martin: *German-Persian Diplomatic Relations 1873—1912*. s'Gravenhage 1959, S. 96—105.

<sup>84)</sup> FO 884, 4. 9. 10 *Lowther*; FO 885, 11. 9. 10 *Lowther*. Die Kreter beabsichtigten, diese Maßnahme mit einem Boykott ihrer moslemischen Mitbürger zu beantworten, was aber unterblieb, da das C.U.P. bald nachgab. *Aehrenthal* charakterisierte das türkische Vorgehen als „warlike talk to frighten Greece“; dadurch sollte die öffentliche Meinung beruhigt werden. Zugleich wolle man die Mächte hindern, den Abbau der türkischen Rechte „from weariness of the Cretan question“ kommentarlos hinzunehmen (FO 885, 16. 9. 10 *Cartwright*).

Rolle in der griechischen Politik spielen zu können<sup>85</sup>). Als seinen Nachfolger ließ er den Arzt *Dr. Maris* auf der Insel zurück, der keinerlei Regierungserfahrung besaß und deshalb höchstens als Übergangspremier gelten konnte. Ihn unterstützte — gegen die Hälfte der Ministerposten und eine Teilung der Pfründen — der bisherige Oppositionspolitiker *Koundouros*. „Though all parties acknowledged that the interests of Crete demand that a united front should be shown, none of them appear to have sufficient patriotism to make any sacrifice of personal aims and ambitions in order to attain this object<sup>86</sup>“, lautete *Wratislows* Kommentar.

Wie auf politischem so sah es auch auf finanziellem Gebiet wenig hoffnungsvoll aus. Seit der Unionserklärung war in Canea nicht mehr über das Budget debattiert worden, „because the Assembly, whenever it met, was for various reasons in a hurry to dispense, and had not the time or the inclination to go into the financial situation“. Die Folge war, daß der Regierungshaushalt, der aus dem Jahre 1908 fortgeschrieben wurde, mit den Verhältnissen nicht Schritt hielt. So mußte Kreta mit einem ungedeckten Defizit von über 830 000 F bei Einnahmen von lediglich 5,6 Mio. F leben. Verantwortlich dafür waren vor allem die hohen Ausgaben für die Miliz (2 Mio.) und das Erziehungswesen (über 1 Mio.), daneben der aufgeblähte Beamtenapparat und die öffentlichen Arbeiten. Da insbesondere letztere beiden Etatposten schwerlich gekürzt werden konnten, ohne das innere Gleichgewicht auf der Insel zu gefährden, blieb als Ausweg nur die Erhöhung der Einnahmen. In Frage kam dabei die Einführung einer Stempelsteuer, wie sie in Griechenland bestand, oder die Erhöhung der Einfuhrzölle von 3 auf 5%, wofür die Zustimmung aller Großmächte erforderlich war<sup>87</sup>).

Es lag nahe, eine solche Konzession nicht ohne Gegenleistung zu gewähren, sondern dafür den Verzicht auf die äußeren Zeichen der Enosis zu fordern. Der Kretafrage wäre damit die Schärfe genommen und den Mittelmächten die Möglichkeit verbaut worden, unter Hinweis auf ihr Beiseitestehen die Sympathien der Jungtürken zu gewinnen<sup>88</sup>). Ein solches Vorgehen schien um so mehr gerecht-

---

<sup>85</sup>) FO 885, 30. 9. 10 *Elliot*. *Wratislaw* wünschte dem kretischen Politiker viel Glück, meinte aber: „Should he attain to a responsible position in Greece, it is to be hoped that he will put a curb on his impulsiveness and his tendency to freedom of speech. His declamations against everything Turkish before the Cretan Assembly and in the columns of the *Keeryx* have been of no particular importance with the Protecting Powers to act as buffers between the Island and its Suzerain, but it will be quite another thing if he continues the practice as the Minister of an independent and feeble Kingdom.“ (FO 885, 18. 9. 10 *Wratislaw*). Der türkische Großwesir gestand dem britischen Botschafter *Cartwright* in Marienbad, daß die Möglichkeit eines Machtwechsels in Athen ihn beunruhige, er hoffe jedoch, *Venizelos* „would have enough common sense to put Cretan question into the background. . . . If [he] initiated a policy of petty annoyances, he might exhaust the patience of Turkey.“ Im Foreign Office hegte man diesbezüglich keine Befürchtungen, „because M. Venizelos is . . . a sensible man“ (FO 884, Anm. zu 24. 8. 10 *Cartwright*); die Gefahr kam von seiten der Opposition!

<sup>86</sup>) FO 885, 20. 10. 10 *Wratislaw*.

<sup>87</sup>) FO 886, 7. 11. 10 *Wratislaw* und Anm.

<sup>88</sup>) *Grey* hielt es für unlauter, wenn Deutsche und Österreicher in Istanbul ihre Be-

fertigt, als die Schutzmächte mit Beschwerden der Pforte wegen der militärischen Einmischung Griechenlands<sup>89</sup>), der Ermordung kretischer Moslems<sup>90</sup>) und der Ernennung griechischer Richter<sup>91</sup>) bombardiert wurden. *Louis Mallet* hatte dazu bereits festgestellt: „If Turkey becomes really troublesome, it might pay to tell her that the agitation will not bring any solution favourable to her any nearer, and that the direction in which the four Powers will probably move, if we have any more complaints, will be towards the complete independence of the island . . . After all, Crete was independent during the greatest period of her existence, when King Minos reigned<sup>92</sup>)!“

So erwünscht eine Lösung der Kretafrage — und sei es nur eine vorläufige — sein mußte, so gering waren die Aussichten dafür. *Wratislaw* beteuerte, daß keine kretische Regierung bereit wäre, „to voluntarily undo the work of the past two years for no particular reason except that Greece would thereby be saved embarrassment or danger“. Die Kreter warteten vielmehr auf einen Verfall der jungtürkischen Herrschaft, um die Enosis durchzusetzen<sup>93</sup>). *Elliot* stimmte dieser

---

reitschaft zu einer Kretalösung auf der Grundlage der souveränen Rechte des Sultans bekundeten, „for no such arrangement would be a solution in any final sense“. Er schlug deshalb vor, sie an der Suche nach einer Regelung zu beteiligen, schon um sich nicht dem Risiko auszusetzen, daß sie eine solche im letzten Augenblick torpedierten (FO 883, Anm. zu 11. 7. 10 *Lowther*). Der italienische Premierminister lehnte jedoch einen derartigen Versuch ab, da er nur böses Blut machen würde; man müsse sich damit zufriedengeben, daß Berlin und Wien die Jungtürken zur Mäßigung anhielten (FO 885, 4. 9. 10 *Rodd*). Vgl. auch die negative Haltung *Barrères* in DDF XII, Nr. 514 Anm. 5.

<sup>89</sup>) Es handelte sich um die Ersetzung griechischer Offiziere und Unteroffiziere, die in der kretischen Miliz dienten und von denen einige nach Griechenland zurückgerufen worden waren. Die Türkei stellte sich auf den Standpunkt, daß genügend ausgebildete Kreter verfügbar seien, um ihre Posten einzunehmen. Athen dagegen wollte sich die personelle Einflußnahme auf die Miliz offenhalten, obgleich es 1909 zugesagt hatte, keine neuen Offiziere zu schicken. Es berief sich dabei auf die Zusagen der Schutzmächte vom Jahre 1906. Diese protestierten jedoch, als der Gendarmeriekommandant *Monferratos*, der während seines Heimaturlaubs vom Major zum Oberstleutnant befördert worden war, nach Kreta zurückkehren wollte (FO 885, 5. 9. 10 *Lowther* und Anm.; 21. 9. und 17. 10. 10 *Elliot*; 14. 10. 10 *Grey* an *Elliot*).

<sup>90</sup>) Die türkische Diplomatie beschwerte sich auch über geringere Vorkommnisse wie die Tatsache, daß ein kretischer Milizionär gesagt hatte, der Muezzin schreie wie ein Esel; andere christliche Kreter sollen eine Moschee entweiht haben, indem sie in dem Gotteshaus tanzten und sangen. *Louis Mallet* kommentierte eine diesbezügliche Note *Tewfik Beys* abschätzig: „These complaints are perfectly childish and not worth investigating, and until we get the Tigris concession, we need not show great alacrity in this sort of matter.“ (FO 911, 11. 4. 10 türkische Note und Anm.)

<sup>91</sup>) Das Foreign Office anerkannte den türkischen Protest in diesem Punkt nicht, zumal als sich herausstellte, daß die betroffenen Richter nicht von König *Georg* ernannt, sondern für ihren Dienst auf Kreta beurlaubt worden waren (FO 886, 14. 10. 10 türkische Note und Anm.; 20. 10. 10 *Elliot*).

<sup>92</sup>) FO 886, Anm. zu 16. 9. 10 *Times*.

<sup>93</sup>) FO 886, 24. 10. 10 *Wratislaw*. Weiter meinte der Generalkonsul: „The Powers can of course impose their will on the Cretans in this as in any other matter, but pressure sufficient to remove the Greek emblems should suffice to re-establish a normal regime

Analyse vom Athener Standpunkt zu, „for no Greek dare face the opprobrium of an accusation of treachery to the national ideals“. Am ehesten würde noch die Rückkehr des Hochkommissars eine Klärung der Situation bringen. Gerade davor warnte jedoch der britische Geschäftsträger in Konstantinopel, weil dieser Vorschlag den Mittelmächten ein billiges Agitationsmittel liefern würde: „The maximum that the Turks could now be induced under great pressure to accept in the way of a semi-permanent solution would be a Governor appointed with their consent and sanction<sup>94)</sup>.“ Dies hätte jedoch eine Rückkehr zum Status quo ante 1897 bedeutet, für den weder die Mächte noch gar die Griechen zu gewinnen waren. Eine gütliche Einigung schien daher trotz der Entspannung im Verhältnis zwischen Athen und Istanbul seit dem Machtantritt *Venizelos*<sup>95)</sup> ferner denn je.

Am 23. November 1910 eröffneten die 106 christlichen Abgeordneten in Canea die neue Parlamentssession mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution, in der sie ihr Festhalten an der Vereinigung mit dem Königreich bekundeten. Die Pforte protestierte sogleich gegen diesen Anschlag auf die „souveränen Rechte des Sultans“ und lieferte den Schutzmächten auch den Text einer Stellungnahme, die diese zur Beruhigung der Gemüter in Istanbul abzugeben hätten. Daß die vier Kabinette darauf eingingen und sogar die Regierung in Canea davon unterrichteten, wurde in griechischen Kreisen als Beeinträchtigung der Interessen des Königreichs empfunden<sup>96)</sup>. Der Türkei-Referent im FO *Herman Norman* rechtfertigte den Schritt jedoch mit der Absicht der Kreter, ihrem Beschluß größtmögliche Publizität zu verleihen, und betonte: „So long as the Powers are determined to preserve the status quo, I do not see what difference it makes whether the Sultan's rights are described as sovereign or suzerain, since their nature is not changed nor the limit extended<sup>97)</sup>.“

Der Druck der Mächte führte endlich dazu, daß sich Regierung und Opposition auf Kreta näherten und sich — unter Führung des neuen Premiers *Koundouros* — über die notwendige Aufhebung von überflüssigen Beamtenstellen, die Re-

---

in the island, and it would seem a pity to stop short at removing the emblems. To do so might indeed be disastrous. The fiction of union with Greece has enabled Crete to be administered after a fashion for the last two years. Take it away without putting anything in its place, and the result will be simple anarchy.“ (Ebenda).

<sup>94)</sup> FO 886, 20. 11. 10 *Elliot*; 23. 11. 10 *Marling*.

<sup>95)</sup> Der Kreter hatte am 19. Oktober 1910 die Regierung in Athen übernommen und gab sein Amt bis Anfang März 1915 nicht mehr ab.

<sup>96)</sup> Die Oppositionspolitiker sprachen von einer „unprecedented humiliation“, die sie *Venizelos* ankreideten, obwohl die Formel bereits in der Mächtenote vom 26. Juni gebraucht worden war. Der Premier hoffte deshalb, daß die Schutzmächte in Zukunft mehr Rücksicht auf seine Position nehmen würden. Im Foreign Office war man geneigt, eine diesbezügliche Zusage abzugeben, doch *Nicolson* meinte: „I think that unless the other Powers suggest a reply, none should be sent; we must be careful what we say to any Greek politician, even to so an excellent man as M. Venizelos appears to be — we don't know what use he may make of it.“ (FO 886, 22. 12. 10 *Elliot* und Anm.).

<sup>97)</sup> FO 886, 20. 12. 10 *Wratislaw* und Anm. Vgl. auch *Elliot's* Brief an *Nicolson* zu diesem Problem in FO 1102, 5. 1. 11.

duzierung der Zahl der Schulen und die Zurückstellung von öffentlichen Arbeiten einigten. Die auf diese Weise eingesparten Budgetmittel sollten zum Ankauf von Waffen verwendet werden<sup>98</sup>). Als zum Jahresende das kretische Parlament tatsächlich den Kauf von Mannlicher-Gewehren bewilligte<sup>99</sup>) und die Einführung einer Militärdienstreform nach griechischem Vorbild anordnete, wollte London Canea mit der Rücknahme des 1905 ausgesprochenen Verzichts auf die Schuldentilgung der Kreta-Anleihe von 1901 und der Einstellung jeglicher Finanzhilfe in die Knie zwingen. Doch seine Partner folgten England auf diesem Weg nicht, da sie in der Bereitstellung des 500 000 Franken-Kredits lediglich ein innenpolitisches Manöver von *Koundouros* sahen, dem keine ernsthaften Taten folgen würden.

Vor allem der russische Außenminister *Sazonov* wandte sich gegen eine Mächtedemarche in Canea, welche die griechischen Leidenschaften aufwühlen und das Reformwerk von *Venizelos* gefährden würde<sup>100</sup>). Er schlug statt dessen vor, sich des Athener Regierungschefs zu bedienen, um die Kreter von Torheiten abzuhalten. *Grey* lehnte dies jedoch ab, da er türkische Gegenmaßnahmen befürchtete, falls die Sache bekannt würde; „and this would not be fair to him [Venizelos] unless we were prepared to protect him and Greece against Turkey“. Da niemand dazu bereit war, unterblieb schließlich jede Reaktion der Schutzmächte auf die militärischen Vorbereitungen Kretas. Ihr Schweigen wurde erleichtert durch die Ruhe, mit der die Türken die Lage beurteilten. Entweder maßen sie den Ereignissen in Canea keine Bedeutung bei oder sie wollten die Gelegenheit nutzen, um die Sympathien der Westmächte zurückzugewinnen, deren Verlust mit zum

---

<sup>98</sup>) FO 886, 23. 12. 10 *Wratislaw*. Im Foreign Office waren die Meinungen über die Bedeutung dieser Beschlüsse geteilt. *Gregory* meinte: „The Cretans will be very foolish if they really take up arms and create disturbances, as it must undoubtedly mean a return of the international troops.“ Der angedrohte passive Widerstand gegen die Mächte werde kaum Wirkungen zeigen, zum aktiven Kampf gegen die Türken werde es nicht kommen, da letztere keine Gelegenheit zur Intervention erhalten würden. Daß die Kreter so fanatisch sein könnten, die Moslemminderheit anzugreifen, sei unwahrscheinlich: „It is [therefore] difficult to see what importance can be attached to this sudden flare-up, and certainly we need do nothing but leave them severely alone.“ Während *Norman* und *Nicolson* diese Auffassung teilten, glaubte *Mallet*, daß die Kreter, wenn sie 40 000 £ für Waffen ausgeben könnten, auch die 2000 £ Zinsen und Amortisation der Anleihe von 1901 zahlen sollten, ein Vorschlag, mit dem sich *Grey* völlig identifizierte (ebenda, Anm.).

<sup>99</sup>) Die kretische Miliz und Gendarmerie waren mit diesen Gewehren ausgestattet; ihre Lieferung hing von der Zustimmung der österreichischen Regierung ab, die nicht erteilt wurde (FO 1102, 1. 2. und 23. 2. 11 *Wratislaw*).

<sup>100</sup>) Der Minister erklärte dem britischen Botschafter, „that if arms are purchased there is no one against whom they can use them; that if they wish to massacre Moslems, they are strong enough to do so now; that it might be dangerous to drive them to extremes, and that the Powers must remember that they are themselves to a certain extent responsible for the present situation. The Turkish Government, by its unfriendly attitude on the Persian frontier, did not merit such constant consideration at the hands of Russia, and it was necessary to take into account the political situation in Greece. M. Venizelos was the only man who could rescue her from anarchy, and we ought to avoid anything that might jeopardise success of work on which he was engaged.“ (FO 1102, 3. 1. 11 *Buchanan*).

Scheitern der Anleiheverhandlungen in Paris beigetragen hatte<sup>101</sup>). So protestierten sie lediglich dagegen, daß in Griechenland Spenden für den kretischen Verteidigungsfonds gesammelt wurden, wozu sie juristisch berechtigt waren, was aber politisch wenig überzeugte, solange sie den Handelsboykott gegen das Nachbarland fortführten.

Im übrigen konnte auch die griechische Seite Beschwerden wegen der Verletzung des Status quo vorbringen. *Venizelos* warnte vor allem davor, drei Kadis nach Kreta zu schicken. Ihre Vorgänger hatten die Insel im Mai 1900 zusammen mit den übrigen osmanischen Beamten verlassen; ihre Aufgaben waren seither von den auf lokaler Ebene gewählten Muftis wahrgenommen worden. Die kretische Verfassung gewährte dem Hochkommissar das Recht zur Ernennung von Kadis, wobei er sich auf eine vom Scheich-ul-Islam aufgestellte Kandidatenliste zu stützen hatte. Ob in seiner Abwesenheit die Schutzmächte, wie *Grey* meinte, die Regierung in Canea, wofür sich Frankreich aussprach, oder gar der Scheich-ul-Islam die drei Richter ernennen sollte, wie Italien es verlangte, ließ sich rechtlich nicht klären. Die Schutzmächte beschlossen daher, die Pforte zum Verzicht auf ihre Absicht zu bewegen, zumal umstritten war, ob die Anwesenheit der Kadis überhaupt dem Frieden nutzte<sup>102</sup>).

Die Kretafrage war inzwischen zum Hauptkampfplatz der innenpolitischen Auseinandersetzung in Griechenland geworden. Die Vertreter der alten Parteien priesen die Fortschritte, die unter ihrer Herrschaft auf Kreta erreicht worden waren, um *Venizelos* der Unfähigkeit und des nationalen Ausverkaufs anzuklagen. Sogar der König wurde, seitdem er sein Geschick mit demjenigen seines Ministerpräsidenten verbunden hatte, in die Verleumdungskampagne miteinbezogen, wobei ihm vorgeworfen wurde, es mit der Enosis nie besonders ernst gemeint zu haben und selbst jetzt noch die Verwaltung der Insel durch einen seiner Söhne vorzuziehen. *Venizelos* sah sich gezwungen, seine Politik offen darzulegen, was er in einem Artikel der Zeitung ‚*Keryx*‘ in Canea tat. Darin formulierte er den Primat der Reorganisation des Königreichs als Voraussetzung für eine günstige Kreta-Lösung<sup>103</sup>): „Unsere Politik gegenüber Griechenland muß daher eine Politik des Abwartens sein, bis das Mutterland so kräftig geworden ist, um Kreta in seine

<sup>101</sup>) FO, a. a. O., Anm.; 11. 1. 11 *Marling*.

<sup>102</sup>) FO 1103, 8. 5. 11 *Elliot* und Anm.; 10. 5. 11 *Bertie* und Anm.; 9. 5. 11 *Nicolson* und Anm.; 11. 5. 11 *Rodd*. 1906 hatte die Internationale Kommission das Fehlen von Kadis gerügt, da „beaucoup d'affaires intéressantes au plus haut point les Musulmans ne peuvent être réglées et que les Imams décédés ou cessant de remplir leurs fonctions ne peuvent être remplacés, seul le kadi ayant le droit de nommer ces imams. Si cette situation se prolonge, les mosquées devront être fermées faute d'imams et de prédicateurs pouvant procéder à l'exercice du culte“. (FO 1103, Anm. zu 10. 5. 11 *Elliot*). Die Generalkonsuln der vier Mächte erklärten jedoch, ihnen sei kein Fall bekannt, wo sich das Fehlen der Kadis derart negativ ausgewirkt habe (FO 1103, 21. 5. 11 *Wratislaw*). Vgl. auch: Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. 3. Reihe, Band 1/I, Berlin 1939, Nr. 21 und 72 (zitiert: IBZI).

<sup>103</sup>) Vgl. AA Türkei 94, Band 177, 14. 2. 11 *Wangenheim*; FO 886, 24. 12. 10 *Elliot*; FO 1102, 3. 1. 11 *Elliot*.

Arme schließen zu können, ohne daß es infolgedessen Erschütterungen ausgesetzt wird.“

Die kretischen Politiker zeigten sich jedoch dieser Aufgabe nicht gewachsen; sie vertändelten ihre Parlamentssitzungen „in interminable discussions of matters presenting only personal or local interest, in mutual recriminations and in exhibitions of pointless oratory“<sup>104</sup>). Dabei standen wichtige innenpolitische Probleme zur Lösung an: Die öffentliche Sicherheit hatte stark nachgelassen<sup>105</sup>); die Moslems verlangten eine proportionale Vertretung in den Regierungsämtern und eine Regelung alter Schadensersatzansprüche<sup>106</sup>), wollten aber gleichzeitig von der Militärdienstpflicht ausgenommen werden; das Budgetdefizit erreichte die Rekordhöhe von 2,8 Mio. F<sup>107</sup>), und der rührige *Polygheorgis* bekundete seine Absicht, wieder in das politische Leben seiner Heimat einzugreifen<sup>108</sup>). Gegen alle diese Unruhestifter und Schwierigkeiten kämpfte die Regierung vergeblich; es gelang ihr lediglich, Anfang März das nutzlose Parlament in den Urlaub zu schicken<sup>109</sup>). Von den Mächten war keine Abhilfe zu erwarten<sup>110</sup>), selbst wenn sie der von Athen vorgeschlagenen Rückkehr des Gendarmeriekommandanten *Monferratos* zustimmten<sup>111</sup>). Eine vorläufige Beruhigung hätte allenfalls die Wiedereinsetzung eines Hochkommissars gebracht.

*Venizelos* trat dafür ein, da er sich von dessen Wirksamkeit eine schrittweise Konsolidierung der Verhältnisse auf der Insel erhoffte. Außerdem mußte in der Sache ohnehin eine Entscheidung gefällt werden, da *Zaimis'* Mandat im Septem-

<sup>104</sup>) *Wratislaw* bemerkte bitter: „Unfortunately, the deputies are masters of the situation. No one but itself can dissolve the Assembly, nor is it likely that any elected body which might succeed it would be any considerable improvement.“ (FO 1103, 18. 2. 11 *Wratislaw*).

<sup>105</sup>) Die Türken sprachen von „wholesale attacks on the lives of Moslems“, was sich aber durch die Statistik der Mordanschläge nicht stützen ließ; denn im Zeitraum von Juli 1909 bis April 1911 wurden 15 Mohammedaner ermordet und 30 weitere mit Mordabsicht angegriffen; allein in den letzten fünf Monaten wurden jedoch 135 Mordanschläge gegen Christen verübt (FO 1102, 6. 7. 11 *Wratislaw*).

<sup>106</sup>) FO 1102, 12. 1. 11 *Wratislaw*.

<sup>107</sup>) FO 1103, 26. 4. 11 *Wratislaw*; allerdings war die Hälfte des Defizits durch außerbudgetäre Mittel gedeckt.

<sup>108</sup>) Er beabsichtigte, eine Kommission zu leiten, die das Anliegen der Kreter in den europäischen Hauptstädten und in den USA popularisieren sollte. Als dies nicht gelang, widerrief er seinen 1910 ausgesprochenen Verzicht auf einen Abgeordnetensitz im Parlament von Canea (FO 1102, 11. 2. 11 *Wratislaw*; FO 1103, 25. 2. 11 *Wratislaw*).

<sup>109</sup>) Gleichzeitig traten die beiden Anhänger *Michelidakis'* von der Regierung zurück, um freie Hand für den kommenden Wahlkampf zu erhalten (FO 1103, 5. 3. 11 *Wratislaw*).

<sup>110</sup>) Bezeichnend ist das Fazit, das *Elliot* nach einem Gespräch mit *Venizelos* zog: „We exchanged some unavailing regrets over the opportunities that had been lost during the last ten years of settling the Cretan question, but we could not arrive at any practical suggestions for the necessities of the present.“ (FO 1104, 28. 4. 11 *Elliot*).

<sup>111</sup>) Der Offizier durfte schließlich sogar seine Oberstenuniform behalten, wobei *Mallet* allerdings deutlich machte, „that it is an exception and not to be regarded as a precedent, and that his return shall only be for a limited period, say one year, until some other arrangement can be made.“ (FO 1102, 9. 3. 11 *Elliot* und Anm.)

ber 1911 auslief und König *Georg* entschlossen war, von dem ihm zustehenden Recht, einen Nachfolger vorzuschlagen, Gebrauch zu machen. Doch die britische Diplomatie wandte sich entschieden gegen eine derartige Änderung des bestehenden Zustands, da dadurch nur unliebsame Probleme aufgeworfen würden:

„It should be obvious to M. Venizelos . . . that in the present temper and chauvinistic attitude of the Young Turk party, who are still smarting under the loss of prestige and territory which followed upon their successful revolution in 1908, no definite solution of the Cretan question is possible . . . The only possible policy would appear to be for the four Protecting Powers to continue to act as a sort of buffer between Turkey and Greece . . . While thus continuing to hold the Island en dépôt, the Powers will allow the Cretans to work out their own salvation as a practically autonomous state, in the hope that with time either the present aspirations for union with Greece will die down, or else that with the growth of a more reasonable spirit in Turkey the Ottoman Government may allow itself eventually to be bought out<sup>112)</sup>.“

An den Verhandlungen, die von den Schutzmächten im Sommer 1911 über die Frage des Hochkommissars geführt wurden, wollte sich auch die Pforte beteiligen, um entweder eine endgültige Regelung der Kretafrage oder wenigstens einen modus vivendi durchzusetzen. Doch ihre Einbeziehung scheiterte am Widerstand Italiens<sup>113)</sup>, so daß Konstantinopel sich damit zufriedengeben mußte, am 14. September gleichzeitig mit Athen und Canea informiert zu werden, daß die vier Mächte die Verlängerung des Mandats von *Zaimis* ebenso ablehnten wie die Ernennung eines Nachfolgers. In griechischen Kreisen überschattete die Verschärfung des italienisch-türkischen Gegensatzes über Tripolitanien den negativen Eindruck der Kreta-Note. Obwohl Rom deutlich machte, daß es an einer Ausweitung des Konflikts auf den Balkanraum nicht interessiert sei, hoffte man doch auf eine baldige Gelegenheit zur Revision des Status quo. Aus dem gleichen Grunde wünschte die Türkei eine rasche Lösung der Kretafrage, erhielt jedoch auf ihre diesbezüglichen Anfragen von den Schutzmächten keine Antwort<sup>114)</sup>. Sogar die Absicht, die Insel im Kriegsfall neutral zu halten, wurde Konstantinopel nicht mitgeteilt, um der Pforte keine Möglichkeit zu Fragen nach dem genauen Status Kretas zu geben!

Die Taktik der vier Regierungen, alles beim alten zu lassen, selbst als sich eine von ihnen im Krieg mit der Türkei befand, wurde von Canea durchkreuzt. — Eine starke Gruppe von Parlamentariern um den Abgeordneten *Lionakis* wünschte jetzt die Enosis zu verwirklichen und die Regierungsgewalt in die Hände des

<sup>112)</sup> FO 1104, Anm. zu 25. 5. 11 *Elliot*; vgl. IBZI Band 1/I, Nr. 361 und 413.

<sup>113)</sup> Rom befand sich damals bereits auf Kollisionskurs mit der Pforte wegen Tripolitaniens; außerdem hatte es Griechenland ein modernes Kriegsschiff, den *Averoff*, verkauft.

<sup>114)</sup> FO 1104, 29. 9. 11 *Elliot*; FO 1105, 16. 9. 11 türkische Note und Anm.; 6. 10. 11 *Nicolson*; vgl. auch DDF XIV, Nr. 438, wo von russischen Vorschlägen berichtet wird, die Kretafrage im Rahmen eines türkisch-italienischen Friedensvertrages zu lösen, was *Deville* jedoch ablehnte, weil dadurch Italiens Stellung im östlichen Mittelmeer gestärkt würde: „entre la Crète grecque et la Cyrénaïque italienne, la mer ne serait plus qu'un canal italien“.

Obersten *Monferratos* als Königlichem Kommissar zu legen<sup>115</sup>). Die Generalkonsuln, von der Pforte auf diese Machenschaften aufmerksam gemacht, warnten Canea einmal mehr, daß die Verwirklichung solcher Pläne zur Wiederbesetzung der Insel durch Entente-Truppen führen würde. Gleichzeitig bemühte sich *Venizelos*, eine Verabschiedung des revolutionären Programms durch seine Anhänger im kretischen Parlament zu hintertreiben. Er wollte der Inselbevölkerung, die nur  $\frac{1}{8}$  der Hellenen repräsentierte, nicht erlauben, das Königreich in einen Konflikt mit der Türkei zu treiben, für den es noch nicht genügend vorbereitet war. Sollten kretische Abgeordnete in Athen erscheinen, so wollte er sie von der Kammer fernhalten. Ihre einzige Wirkungsmöglichkeit würde also darin bestehen, die Ruhe und Ordnung zu stören sowie das Reformprogramm zu verzögern, von dessen Durchführung die militärische Schlagkraft Griechenlands entscheidend abhing<sup>116</sup>).

Mit dieser klaren Parteinahme gegen die Enosis ging der griechische Premier ein großes persönliches Risiko ein, zumal angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen. „Die Opposition weiß genau, daß Venizelos . . . zur Zeit nicht in der Lage ist, auf die kretischen Wünsche einzugehen. Daraus soll ihm dann bei den Wahlen der Strick gedreht werden.“ Die *Lionakis*-Motion ließ sich zu diesem Zweck ausgezeichnet verwenden; daß aber ihre Verabschiedung Athen von seinem Kurs abbringen könnte, war kaum zu erwarten. „Denn die Furcht der Griechen vor einem Einmarsch der Türken in Thessalien hat sich besonders nach den partiellen türkischen Erfolgen vor Tripolis<sup>117</sup>) noch vermehrt.“ Bedenklich würde die Lage nach Meinung *Wangenheims* erst werden, wenn sich die Schutzmächte zu einer Wiederbesetzung Kretas provozieren ließen. In diesem Fall würde *Venizelos* spätestens nach den Wahlen gestürzt werden und einem Anhänger der Aktionspartei Platz machen müssen; und damit wäre die Gefahr eines türkisch-griechischen Konflikts in bedenkliche Nähe gerückt<sup>118</sup>). Es war daher zu hoffen, daß die drei Mächte ruhig Blut behielten, was alles andere als leicht war.

Die Intervention Athens führte dazu, daß *Koundouros* von seinem Amt zurücktrat, ohne einen Nachfolger zu bestimmen. Dennoch gelang es den Venizelisten, das Parlament zur Verabschiedung einer gemäßigten Resolution<sup>119</sup>) und zur bal-

---

<sup>115</sup>) FO 1105, 25. 10. 11 *Wratislaw*. Welche Gründe den Parteigänger von Premier *Koundouros* zu seiner Initiative bewogen, war unklar: „Some consider that with fresh elections likely to take place in the near future, he is simply playing to the gallery. Others see in it the hand of M. Koundouros who now recognises that he has lost his majority . . . and is spitefully desirous of causing embarrassment to the Opposition and M. Venizelos.“ (Ebenda, 21. 10. 11 *Wratislaw*).

<sup>116</sup>) FO 1105, 23. 10. 11 türkische Note; 26. 10. 11 *Elliot*; 26. 10. 11 *Wratislaw*.

<sup>117</sup>) Nachdem die Türken in den ersten beiden Kriegswochen die Küstenstädte Libyens fast kampflos geräumt hatten, leisteten sie im Verein mit den einheimischen Arabern fortan den in das Hinterland vordringenden Italienern erfolgreich Widerstand.

<sup>118</sup>) AA Türkei 94, Band 178, 4. 11. 11 *Wangenheim*.

<sup>119</sup>) Sie war an die Schutzmächte gerichtet und drückte die Überzeugung der Kreter aus, daß angesichts der Unmöglichkeit einer Fortdauer der jetzigen Lage eine inter-

digen Auflösung zu bringen. *Wratislaw* kommentierte: „Were we dealing with any other race but the Cretans, there would seem ground for hoping that the island might now enjoy a comparative tranquillity, at least until the elections next March. Unfortunately, no confidence can be felt that this turbulent and discontented tribe may not break out at any moment into some quite unexpected vagary, particularly in view of the incitements from outside to which they are constantly exposed and particularly susceptible.“ Diese Prognose des britischen Generalkonsuls<sup>120)</sup> sollte sich nur allzu sehr bewahrheiten, denn die kretischen Extremisten ließen sich von *Venizelos* nicht an die Kandare nehmen.

Das neugebildete Übergangskabinet *Ploumidis*<sup>121)</sup> war nicht in der Lage, der revolutionären Bewegung auf der Insel Herr zu werden. Auch eine neuerliche Intervention des griechischen Premiers brachte keine Wende zum Bessern<sup>122)</sup>, da sich nur noch wenige Kreter offen zu seiner Politik bekannten und die Agitation der *Michelidakis*, *Lionakis* und *Polygheorgis* von Athen aus nicht einzudämmen war<sup>123)</sup>. *Wratislaw* schlug daher vor, die Schutzmächte sollten die einzelnen revolutionären Führer samt ihrem Besitz für die Folgen ihres Tuns haftbar machen. Sein französischer Kollege wollte sogar den Belagerungszustand einführen, um sie durch die Militärjustiz unschädlich machen zu können! Beide forderten überdies die Entsendung von weiteren Torpedobooten und Landungstruppen<sup>124)</sup>. Daß es der Ma-

---

nationale Billigung der Enosis angestrebt werden müsse (FO 1105, 31. 10. 11 *Wratislaw*).

<sup>120)</sup> FO 1105, 10. 11. 11 *Wratislaw*.

<sup>121)</sup> „It consists of the Canea Public Prosecutor, a judge of Candia Court of Appeal [Yermalakis], and a retired merchant at present residing in Greece [Isyhakis].“ *Ploumidis* war ein Schwager von *Koundouros*, der zweite Minister ein Venizelist und der dritte ein Verwandter von *Michelidakis* (FO 1105, 3. und 4. 11. 11 *Wratislaw*).

<sup>122)</sup> Die Venizelisten hatten durch die Politik ihres Führers, der die revolutionäre Bewegung auf Kreta als „kriminell“ bezeichnete, ihren Anhang verloren. Dennoch glaubte *Wratislaw*, daß eine vernünftige Politik Athens auf der Insel Unterstützung finden könnte: „There is . . . no doubt that the majority of the inhabitants of the island are sick and tired of their lunatic politicians and are little inclined to allow themselves to be made fools of, particularly at the present moment, when they are occupied with an abundant olive crop. A small band of noisy demagogues have, however, before now shown that they can create much trouble in Crete.“ (FO 1106, 17. 11. 11 *Wratislaw*).

<sup>123)</sup> *Wangenheim* kommentierte: „Putsche auf Kreta haben in der letzten Zeit meistens mit einer Explosion auf dem Papier, das heißt einer Bittschrift an die Schutzmächte geendet. Dieses Mal ist die Situation ernster. Es handelt sich um den Versuch einer wirklichen Revolution . . .“ Als Ursache bezeichnete er den Fehler, den *Venizelos* mit dem Sturz von *Koundouros* begangen habe. Ob die Tätigkeit italienischer Agenten dafür mitverantwortlich gemacht werden könne, schien ihm zweifelhaft. Im übrigen erwartete er, daß sich auch diesmal der Sturm bald legen werde, da die Bauernschaft entschieden gegen die Revolution sei und Ruhe wünsche, um den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung fortsetzen zu können (AA Türkei 94, Band 178, 25. 11. 11 *Wangenheim*).

<sup>124)</sup> FO 1106, 25. 11. 11 *Wratislaw*; 26. 11. 11 *Bertie*. Auch Elliot bat darum, denn: „It would be desirable, with a view to the stability of M. Venizelos, that forcible measures, if necessary, should be applied by the Powers rather than by the Greek government.“ (Ebenda, 24. 11. 11). Doch *Paul Cambon* warnte vor falschen Erwartun-

rine gelingen würde, kretische Abgeordnete an der beabsichtigten Überfahrt nach Athen zu hindern, glaubte niemand. Man hoffte jedoch, demonstrative Fahrten ganzer Gruppen unterbinden zu können, was sich am 15. Dezember bewahrheitete, als 24 Kreter (darunter *Polygheorgis*) vom Dampfer ‚Spetzai‘ heruntergeholt und auf zwei Kriegsschiffe in der Suda-Bucht gebracht wurden, wo sie bis zum Sessions-schluß des griechischen Parlaments interniert blieben.

Trotz dieses Erfolgs riet der britische Generalkonsul in Canea von einer Wiederholung des Experimentes ab:

„In the first place, the expense of coal alone, to say nothing of the wear and tear of and danger to ships, has run into thousands of pounds . . . If it has to be prolonged next time during the whole active life of the Greek Chamber, the game will hardly be worth the candle. In the second place, I do not believe that even with an increased number of ships (six are decidedly not sufficient) there would be any reasonable certainty of success . . . When winter is over, it will be comparatively easy for adventurous spirits to get across in sailing vessels from various points on the long coastline, which it would require a considerable fleet to watch and even then with a doubtful prospect of success<sup>125</sup>.“

Franzosen und Engländer mußten dann eine bessere Lösung vorzeigen können, sofern sie sich nicht darauf verlassen wollten, daß die Erfahrung der Abgeordneten mit der Seekrankheit auf den Kriegsschiffen sie von neuerlichen Abenteuern abhielt.

Die Schutzmächte waren nicht verpflichtet, eine ordnungsgemäße Regierung auf Kreta zu unterhalten; doch schädigte das chaotische Treiben der Revolutionäre ihr Prestige und die Stellung ihres Protégés *Venizelos*. Um dieser Situation ein Ende zu setzen, schlugen die drei Entente-Gesandten in Athen vor, den Kretern die Vertretung im griechischen Parlament zu gestatten und König *Georg* mit der Verwaltung der Insel unter osmanischer Oberhoheit zu betrauen. Dadurch würden alle Parteien zufriedengestellt: der Sultan werde nichts verlieren, sondern eher etwas gewinnen; „Greece would gain a period of tranquillity, although the Prime Minister anticipates that acceptance of the proposal might bring about his fall“; die Kreter erhielten den materiellen Nutzen einer Zollunion mit dem Königreich, und die Schutzmächte würden von einer drückenden Bürde befreit. Komme eine derartige Quasi-Lösung hingegen nicht zustande, so sei die nächste Krise bereits abzusehen und schwieriger zu meistern als die heutige, denn: „Even re-occupation will not

---

gen: „Les Puissances protectrices sont dépourvues de moyens d'action sur une population qui fait métier d'insurrection; elles sont obligées de se prêter à de vaines démonstrations, et en réalité tout dépend en ce moment de l'énergie de M. Vénizélos.“ (DDF 3. Serie, T. I, Nr. 257).

<sup>125</sup>) FO 1351, 4. 1. 12 *Wratislaw*. Ursprünglich wollte man die Internierten nach Malta, Algerien oder Gibraltar deportieren, aber *Venizelos* bat um eine baldige Freilassung (FO 1106, 18. 12. 11 *Nicolson*; 19. 12. 11 *Elliot*). Außerdem hatte das britische Kolonialministerium darauf hingewiesen, daß eine solche Maßnahme durch eine besondere Gesetzgebung abgestützt werden müsse, da es sich bei den Kretern nicht um Kriegsgefangene handle. *Parker* kommentierte: „When Napoleon Bonaparte went to St. Helena, presumably such legislation was not enacted.“ (FO 1351, 30. 12. 11 Kolonialministerium und Anm.). *Galkin*, op. cit., S. 138.

prevent Cretans from electing deputies to the Greek Chamber at next election which may be held within three months<sup>126</sup>).“

In den Kanzleien der betroffenen Regierungen fand die Anregung aus Athen keine Gnade. *Grey* schrieb: „The proposal is quite impracticable unless the Powers had made up their minds to put it through by force<sup>127</sup>).“ *Venizelos* mußte daher selbst etwas tun, um die Lage zu entschärfen. In erster Linie ordnete er militärische Maßnahmen zur Fernhaltung der Abgeordneten des Inselparlaments an, und zwar in einem Ausmaß, „als ob es sich um die Abwehr eines neuen Perserzuges handelte“<sup>128</sup>). Darüber hinaus sondierte er offensichtlich den Boden für eine direkte Kreta-Lösung mit der Türkei; und schließlich bemühte er sich um eine möglichst rasche Beendigung der Parlamentssession, obwohl sein Gesetzgebungsprogramm dadurch in Unordnung geriet<sup>129</sup>).

Seit Ausbruch des Tripolis-Krieges hatten sich die türkisch-griechischen Beziehungen spürbar verbessert. Der Handelsboykott wurde aufgehoben, der os-

<sup>126</sup>) FO 1106, 21. 12. 11 *Elliot*.

<sup>127</sup>) FO 1106, Anm. zu 21. 12. 11 *Elliot*. Seine Mitarbeiter äußerten sich noch deutlicher. *Parker* nannte es eine reine Geldverschwendung, einen solchen Vorschlag zu telegraphieren. Die Türken würden ihn ablehnen, da er die Enosis einen Schritt näher bringen würde. Für die Kreter brächte er keine Verbesserung, im Gegenteil: „How can the union of two disorganised communities be conducive to material prosperity or lasting contentment in either?“ *Norman* meinte: „The Turks would be delighted to find a pretext to attack Greece, and such a concession might easily give them one.“ *Mallet* betonte: „A less opportune moment cannot be conceived for raising the question.“ Auf keinen Fall dürfe man die Kreter in der Überzeugung bestärken, „that agitation is the only way to achieve results“. (Ebenda und Anm. zu 23. 11. bzw. 20. 12. 11 *Elliot*; vgl. auch 26. 12. 11 *Buchanan* und *Rodd* sowie DDF I, Nr. 384). *Elliot* hielt dennoch an seiner Auffassung fest, wozu *Mallet* bemerkte: „The proposal is self-condemned as it clearly contemplates putting pressure on Turkey.“ (FO 1106, 25. 12. 11 *Elliot* und Anm.). Vgl. auch IBZI Band 2/I, Nr. 260, 266 und 270.

<sup>128</sup>) Im einzelnen nannte *Wangenheim* folgendes: „Die Garnison von Athen wurde verstärkt, die Artillerie nach dem Piräus geschickt, die Flotte zusammengezogen und schließlich sogar die Akropolis besetzt, um zu verhindern, daß die hiesigen Freunde der Kreter dort ihr Lager aufschlugen. Keine griechische Regierung könnte es wagen, die Artillerie auf die schon einmal durch den berühmten Schuß des Grafen Königsmarck entweihte Stätte feuern zu lassen. Auch in der Bucht von Laurion ist ein Bataillon als Beobachtungsposten aufgestellt, während Torpedoboote längs der Küsten auf Segelboote aus Kreta fahnden. Außerdem hat man über alle Schiffe, welche aus den kleineren kretischen Häfen kommen, eine fünftägige Quarantäne verhängt. In origineller Weise, aber nicht ohne Berechtigung, wird also der Gemütszustand der Kreter als ansteckende Krankheit behandelt.“ (AA Türkei 94, Band 178, 16. 12. 11 *Wangenheim*).

<sup>129</sup>) FO 1106, 20. 12. 11 *Elliot*. Letztere Maßnahme war besonders geboten, weil die fremden Flotten wegen des stürmischen Wetters die Haupthäfen Kretas nicht lückenlos blockieren konnten. So war am 21. Dezember ein Versuch von Kretern, mit dem regulären Lloyd-Dampfer nach Athen zu gelangen, nur an der Wachsamkeit des österreichischen Kapitäns gescheitert (ebenda, 22. und 25. 12. 11 *Wratislaw*). Am Nachmittag des 3. Januar 1912 wurden schließlich die kretischen Abgeordneten, „a rather forlorn and depressed company“, von einem britischen Kriegsschiff in Suda an Land gesetzt. „No sympathisers were there to meet them, although it was known that they were about to be released . . .“ (FO 1351, 4. 1. 12 *Wratislaw*).

manische Geschäftsträger *Ghalib Bey* äußerte sich freundschaftlich über sein Gastland und die Ernennung eines Gesandten für Athen war bereits beschlossene Sache. „Der impressionabele Grieche glaubte nun, daß dem dargereichten Finger bald die ganze Hand, das heißt Kreta, folgen werde.“ Aber *Wangenheim* bezweifelte dies, da die Pforte ihre Meinung kaum grundsätzlich geändert habe. Es gehe ihr wohl nur um eine diplomatische Diversion: „Die Türkei will Ruhe im Balkan haben, um sich mit voller Kraft gegen Italien wenden zu können.“ *Venizelos* wisse dies ganz genau, benütze aber die türkischen Freundschaftsbeteuerungen bewußt, um die erregte öffentliche Meinung in seinem Land zu beruhigen<sup>130</sup>). Es scheint jedoch, daß es ihm ernsthaft darum ging, eine Lösung nach dem Modell Bosniens oder Ostrumeliens durchzusetzen<sup>131</sup>), zumal die Kreter nicht länger gewillt waren, sich auf dem Schachbrett der internationalen Politik ohne Rücksicht auf ihren eigenen Gang hin- und herschieben zu lassen.

Das Programm der Revolutionäre in Canea sah vor, die Märzahlen gemeinsam mit Griechenland durchzuführen, Abgeordnete ins Athener Parlament zu entsenden, die Kapitulationen abzuschaffen und alle moslemischen Beamten, die den Eid auf *Georg I.* verweigerten, zu entlassen. *Venizelos* bestritt, mit diesen Plänen irgend etwas zu tun zu haben, doch die Tatsache, daß seine Parteigänger auf Kreta mit den Revolutionären gemeinsame Sache machten, läßt sich wohl nicht allein mit lokalen Gegebenheiten begründen<sup>132</sup>). Hoffte der Premier etwa, daß die Lage auf der Balkanhalbinsel im Frühjahr für ein Vorgehen in Kreta günstig sein würde? Oder wollte er nur die Mächte zur Hinnahme einer griechischen Verwaltung zwingen? Auf seinen bisherigen Hauptverbündeten, England, durfte er bei diesem Spiel jedenfalls nicht zählen.

Die Regierung in London war fest entschlossen, im Notfall die Besetzung Kretas zu wagen, um den Status quo auf der Insel zu erhalten. Botschafter *Lowther* hatte nämlich berichtet, daß alle osmanischen Parteien gegen Konzessionen an die Kreter seien, weil diese nur die anderen Nationalitäten des Reiches ermuntern würden, ihre Beschwerden gegen die Zentralregierung mit Nachdruck

<sup>130</sup>) AA Türkei 94, Band 178, 21. 11. 11 *Wangenheim*.

<sup>131</sup>) Vgl. IBZI Band 2/II, Nr. 362. *Elliot* riet davon ab, das bosnische Modell zu wählen, denn: „A Greek military occupation of the island would be objectionable to the Turks while the Cretans would not have the satisfaction of sending their deputies to Athens.“ Durch eine Personalunion ihres Fürsten mit dem König von Griechenland würden dagegen die Kreter befriedigt, und die Türkei könnte stolz sein, ihre nominellen Rechte zu wahren und einen unabhängigen Souverän als Vasall zu besitzen. Außerdem sollten die Kreter verpflichtet werden, ihren Militärdienst auf der Insel zu leisten, so daß das Königreich keinen Zuwachs an Kampfkraft an der griechisch-türkischen Landgrenze erhalte (FO 1106, 20. und 21. 12. 11 *Elliot*).

<sup>132</sup>) FO 1352, 11. 1. 12 *Wratislaw*; 12. 1. 12 *Elliot*. Die kretischen Venizelisten hatten erkannt, daß ein weiteres Beiseitestehen in der revolutionären Bewegung „would condemn [them] . . . to political inactivity for an indefinite time (a condition intolerable for Cretans), unless they preferred to actively resist, which might imply civil war“ (FO 1352, 13. 1. 12 *Wratislaw*). Da die neue Regierung sich bei den Generalkonsuln mit Brief und Siegel des Königreichs Griechenland einführte, brachen diese die offiziellen Kontakte mit ihr ab (ebenda, 8. und 18. 2. 12 *Wratislaw*; IBZI Band 2/II, Nr. 440).

zu verfechten. Daß eine Wiederaufnahme der antitürkischen Agitation in Mazedonien Istanbul zum Nachgeben veranlassen könnte, erschien ihm unwahrscheinlich, „as the Turkish Government believes that from a military point of view it is quite capable of dealing with any situation likely to arise, and it also counts on the interests that the Powers have of preventing any general conflagration“<sup>133</sup>).

Die türkische Zuversicht ruhte jedoch auf schwachen Füßen, denn Italien war nicht bereit, den Briten bei der Unterdrückung des kretischen Vereinigungswillens zu helfen, solange es selbst im Krieg gegen den Sultan stand. Auch Rußland, der mächtige Protektor des christlichen Balkanbundes, zeigte keine Neigung, gegen die Kreter zum Schwert zu greifen. Frankreich äußerte Bedenken hinsichtlich der praktischen Verwirklichung der Reokkupation und warnte, daß sie, wenn sie vor dem Wahltag in Griechenland unternommen würde, dem dreibundhörigen *Theotokis* die Chance eines Wahlsieges eröffnen könnte<sup>134</sup>). Zumindest sollte Canea erst einmal auf diplomatischem Weg vor den Folgen seines Tuns gewarnt und danach eine Flottendemonstration veranstaltet werden, falls die Kreter unnachgiebig blieben. *Grey* stimmte diesem Vorgehen zu<sup>135</sup>), sorgte aber gleichzeitig dafür, daß die Vorbereitungen für eine Wiederbesetzung der Insel in aller Öffentlichkeit getroffen wurden, da er sich davon eine abschreckende Wirkung erhoffte<sup>136</sup>). Die französische Anregung, *Venizelos* über die Bedeutung der Maßnahme zu beruhigen und die Türken für einen *modus vivendi* auf Kreta zu gewinnen, wies er jedoch zurück<sup>137</sup>). Dem griechischen Premier blieb danach nichts anderes übrig, als sich mit dem Erreichten abzufinden und nach neuen Partnern — den Balkannachbarn

<sup>133</sup>) FO 1352, 5. 2. 12 *Lowther*; IBZI Band 2/II, Nr. 421.

<sup>134</sup>) FO 1352, 3. 2. 12 *Rodd* und Anm.; 15. 2. 12 *Bertie* und Anm.; DDF II, Nr. 26.

<sup>135</sup>) Vergeblich hatte er sich bei dieser Gelegenheit bemüht, Deutschland und Österreich-Ungarn in das Kreta-Konzert einzubeziehen, mit dem Argument, daß die Ereignisse in Canea die Interessen aller Großmächte und den Frieden im Nahen Osten bedrohten (DDF II, Nr. 55, 73, 112 und 142; ÖUAP IV, Nr. 3321; IBZI Band 2/II, Nr. 539, 569 und 612). *Wangenheim* bemerkte in diesem Zusammenhang: „Die Beteiligung Deutschlands an einer kostspieligen militärischen Aktion gegen Kreta und an der eventuellen Wiederbesetzung der Insel scheint schon deshalb gänzlich überflüssig, weil die Schutzmächte sowieso um die Reokkupation kaum herumkommen werden.“ Wozu sich deshalb die Vorteile einer privilegierten Sonderstellung durch ein neues Engagement entwinden lassen? (AA Türkei 94, Band 179, 29. 2. 12 *Wangenheim*).

<sup>136</sup>) Sein Mitarbeiter *A. Parker* hatte sogar empfohlen, die Besetzung der Insel auch ohne Hilfe der Verbündeten zu riskieren, denn damit würde England seine Stellung in Konstantinopel wesentlich stärken „and have much greater influence in possibly bringing to a settlement such matters as the Turco-Persian frontier dispute“ (FO 1352, Anm. zu 13. 2. 12 *Bertie*). Die internationalen Kontingente (insgesamt 3600 Mann) sollten die alten Sektoren einnehmen, d.h. die Briten Kandia, die Russen Rethymnon und die Franzosen Ag. Nikolaos im Osten besetzen. Da der französische Sektor relativ unbedeutend war, sollte ihm auch der italienische (Kisamos) zugeschlagen werden. Die Hauptstadt Canea sollte von einem gemischten Detachement kontrolliert werden (FO 1353, 22. 2. 12 *Wratislaw*).

<sup>137</sup>) DDF II, Nr. 87 und 106. Einerseits sah London keine Chance für ein türkisches Nachgeben, andererseits betrachtete es den Vorschlag als verfehlt, „to water down or mitigate the effect of the occupation . . . or to give the Cretans any ground for supposing it was merely a formality and not seriously meant.“ (FO 1352, Anm. zu 28. 2. 12 *Bertie*).

— Ausschau zu halten, um die Kretafrage in Bewegung zu bringen. Zugleich versprach er den Briten, seine Friedenspolitik fortzusetzen, „for he entirely realised that what remained to be accomplished in Crete was not worth fighting about“<sup>138</sup>).

Mitte März 1912 übergaben die kretischen Revolutionäre ihre Macht einem Komitee, das die Insel im Namen König *Georgs* verwalten sollte. Gleichzeitig wurde die Wahl von 69 Abgeordneten für das Athener Parlament angekündigt und am 24. auch durchgeführt. *Venizelos*, dessen Politik die griechischen Wähler eindrucksvoll bestätigt hatten<sup>139</sup>), nahm dies zum Anlaß, um eine endgültige Kreta-Lösung oder wenigstens die Wiedereinsetzung eines Hochkommissars zu fordern, selbst wenn diesem Besatzungstruppen beigegeben wurden. Eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes erschien ihm schon deshalb unerträglich, weil die Gefahr von Unruhen und Moslem-Massakern nicht von der Hand zu weisen war, solange in Canea keine verantwortliche Regierung amtierte<sup>140</sup>). Auf der anderen Seite bezeichnete der türkische Kriegsminister die Entwicklung auf Kreta als weit bedrohlicher als den Konflikt mit Italien oder die Machenschaften Rußlands auf dem Balkan. „In his opinion, the only possible solution of the Cretan question was the permanent occupation of the Island by Great Britain. Suda Bay was daily becoming more of a necessity for England. Turkey would be pleased, and he did not think that any of the other Powers would make any substantial opposition<sup>141</sup>).“

Natürlich ging London auf die allzu durchsichtigen Lockungen *Mahmud Şevket Paşas* nicht ein; ebenso lehnte es die Anregung *Venizelos'* ab<sup>142</sup>). Ein Eingreifen auf Kreta schien unmöglich und unnötig; selbst die Verhinderung der Überfahrt von Abgeordneten nach Griechenland wurde nicht ernsthaft ins Auge gefaßt<sup>143</sup>).

<sup>138</sup>) Er rechnete damit, seinen Kurs durchhalten zu können, „if he obtained a large majority which he hoped for, if the Italian-Turkish war came to an end, and if no rising took place in Albania“, beteuerte jedoch, daß er andernfalls für nichts garantieren könne (FO 1353, 28. 2. 12 *Elliot*).

<sup>139</sup>) Der Premier gewann 149 Mandate, die Opposition 32!

<sup>140</sup>) FO 1354, 26. 3. 12 *Elliot*; 12. und 15. 3. 12 *Wratislaw*; IBZI Band 2/II, Nr. 664. Der britische Generalkonsul beurteilte die Lage auf Kreta düster: „If a series of permanent governments have found the greatest difficulty in maintaining public order, any considerable amount of success is scarcely to be expected from an administration which changes every month.“ (Ebenda, 17. 3. 12 *Wratislaw*).

<sup>141</sup>) FO 1354, 22. 3. 12 *Lowther*. Der Vorschlag wurde gleichzeitig von der Wiener Presse veröffentlicht, was die Kreter in dem Verdacht bestärkte, daß England es auf ihr Territorium abgesehen habe (FO 1354, 23. 3. 12 *Wratislaw*).

<sup>142</sup>) Das Foreign Office betonte: „Venizelos has a large majority and ought to be able to prevent the Cretan deputies from taking their seats, and if he does so, the Turks would have no reason to complain.“ (FO 1354, Anm. zu 26. 3. 12 *Elliot*). Vgl. auch IBZI Band 2/II, Nr. 728.

<sup>143</sup>) Der britische Flottenkommandant im Mittelmeer führte den Erfolg der Blockade im Dezember 1911 auf das schlechte Wetter zurück und meinte, im Frühjahr werde es unmöglich sein, kleinere Boote am Auslaufen nach dem nur 100 km entfernten Peloponnes zu hindern. Selbst 1897 sei es trotz des Aufgebots fast der gesamten Mittelmeerflotte nicht gelungen, den Transport von Waffen und Personen nach der Insel zu unterbinden. Heute würde nur eine Besetzung mit einer beträchtlichen Streitmacht genügen (FO 1352, 20. 1. 12 Admiral *Poe*).

Das einzige, wozu sich die Schutzmächte entschließen konnten, war eine Flottendemonstration, die aber die Kreter nicht zur Mäßigung bewog, im Gegenteil. Mitte April übernahmen die Extremisten in Canea die Macht<sup>144</sup>); sie beschlossen, kretische Abgeordnete nach Athen zu senden und ihnen ein Tagegeld zu gewähren, so daß neben das politische das pekuniäre Interesse trat, an den Sitzungen der griechischen Kammer teilzunehmen. Die Generalkonsuln wollten mit dem neuen Kabinett nichts zu tun haben und schlugen vor, *Venizelos* für die Fernhaltung seiner Landsleute verantwortlich zu machen, weil dies auf die Kreter einen stärkeren Eindruck machen würde als ein etwaiges Einschreiten der Mächte.

Letztere beschlossen daraufhin, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Würden kretische Parlamentarier in Gruppen und auf demonstrative Weise die Fahrt nach der Hauptstadt Griechenlands antreten, sollten sie von den Kriegsschiffen aufgehalten werden. In dem viel wahrscheinlicheren Fall, daß sie sich heimlich und ohne Aufsehen von der Insel entfernten, sollte die griechische Regierung dafür sorgen, daß sie keinen Schaden anrichten konnten. Dies fiel Athen um so schwerer, als die Schutzmächte ihm den politischen Spielraum verweigerten, der die Leidenschaften hätte dämpfen können<sup>145</sup>). Daß die Briten wenigstens 22 Abgeordnete nach der Suda-Bucht geleiteten und dort in militärischen Gewahrsamnahmen, brachte *Venizelos* keine Entlastung, zumal das Los der Internierung vor allem seine eigenen Anhänger getroffen hatte, während seine kretischen Gegner unbehelligt in der Hauptstadt eintrafen<sup>146</sup>).

<sup>144</sup>) *Wratislaw* bemerkte: „The character of Cretan governments has steadily deteriorated since the declaration of union . . . but we have been hitherto spared of anything approaching the present one. The only consolation is that it will be impossible to descend any lower than Daskaloyannis . . . who is simply a hooligan.“ (FO 1354, 18. 4. 12 *Wratislaw*). Typisch für das neue Regime — eine Koalitionsregierung aller kretischen Parteien — war, daß es 100 m von dem Ort entfernt, wo die Schutzmächte 1909 auf türkischen Wunsch einen Flaggenmast umgelegt hatten, erneut eine griechische Fahne hißte! *Louis Mallet* hätte sie am liebsten niederholen lassen, verzichtete aber darauf, weil die Franzosen nicht mitmachten und man die Regierung *Daskaloyannis* nicht durch eine solche Strafaktion aufwerten wollte (FO 1355, 21. 4. 12 *Wratislaw* und Anm.; 1. 5. 12 *Bertie* und Anm.).

<sup>145</sup>) FO 1354, 25. 3. 12 *Grey* an *Wratislaw*; 24. 4. 12 *Wratislaw*; IBZI Band 2/II, Nr. 773. *Elliot* kritisierte mit Recht: „. . . the flattering phrases with which the Powers propose to show their appreciation of the attitude of *Venizelos* . . . without giving him anything to show for his efforts but the apparent relegation to a further distance of the realisation of those hopes, which those same Powers have encouraged, cannot . . . but injure his position in this country and expose him to the reproach of being but a blind instrument of whom the Powers make use for their own selfish purposes.“ (FO 1354, 10. 4. 12 *Elliot*). *Norman* rechtfertigte das Vorgehen Londons mit dem Hinweis, „that the Cretans themselves would reject his panacea of a revival of the High Commissioner. If *Venizelos* wants the Powers to take a definite step, let us re-occupy Crete, for it is the only possible . . .“ (Ebenda, Anm.).

<sup>146</sup>) Auch die Briten selbst waren nicht glücklich, obwohl *Mallet* gemeint hatte: „This is the best news we have had for some time . . .“ (FO 1354 Anm. zu 28. 4. 12 *Wratislaw*). Denn, wie *Nicolson* schrieb, es war nicht einfach, die angefangene Sache zu Ende zu führen: „The deputies have committed no crime, and though we are justified in maintaining the status quo and preventing them from going to Athens, I

Mit Recht warf der griechische Premier den Schutzmächten vor, daß ihre Entscheidungsunfähigkeit den Krieg herbeizuführen drohe, den sie doch zu verhindern trachteten. Denn schon hörte der Kronprinz auf italienische Einflüsterungen, wonach die durch den Tripoliskrieg geschwächten Türken gar nicht in der Lage wären, gegen Griechenland einzuschreiten, sofern es die Union Kretas verwirklichte, zumal ihnen in einem solchen Fall die Bulgaren in den Rücken fallen würden<sup>147</sup>). Zwar gelang es der Regierung, die Kreter noch einmal von der Teilnahme an der Kammereröffnung abzuhalten<sup>148</sup>), aber sie mußte sich doch fragen, ob nicht eine militärische Lösung dem endlosen Warten auf eine diplomatische Einigung der Schutzmächte mit der Türkei vorzuziehen wäre.

Hauptverantwortlich für die sterile Politik der Beschwörung des Status quo war die britische Regierung, die im Jahre 1912 zu einer prononciert türkenfreundlichen Haltung zurückkehrte, was sie für die kommende Entwicklung auf der Balkanhalbinsel unempfindlich machte<sup>149</sup>). Zwar fehlte es nicht an Stimmen, die zumindest eine provisorische Lösung der Kretafrage vor dem Wiederzusammentritt des griechischen Parlaments im Oktober verlangten<sup>150</sup>); aber *Grey* wies der-

---

have my doubt whether we can punish the deputies by deportation without any trial, and we cannot try them.“ (Ebenda, Anm. zu 1. 5. 12 *Wratislaw*). Daß Italien und Rußland sich für die baldige Freilassung der Kreter aussprachen, konnte aber die maßgebenden Kräfte im Foreign Office nicht umstimmen. *Mallet* betonte: „The duty of the Powers is to keep Crete in order, and it is in this way that we can serve Venizelos' interests best . . . His action in keeping the deputies out of the Chamber himself is much more likely to injure him than is the action of the Powers. There is little excitement in Crete except amongst politicians. To release the deputies now would mean surrender to the Revolutionary Committee . . .“ (Ebenda, Anm. zu 11. 5. 12 *O'Beirne*).

<sup>147</sup>) AA Türkei 94, Band 179, 3. 5. 12 *Wangenheim*. Die kurz zuvor erfolgte Besetzung von Inseln im Dodekanes durch die Italiener hatte die Hoffnung der Griechen auf eine Verwirklichung ihrer nationalen Ideale mächtig gestärkt.

<sup>148</sup>) *Elliot* berichtete über die Sitzung vom 1. Juni — am nächsten Tag wurde das Parlament bereits wieder in den Urlaub geschickt: „Chamber opened this morning. Approaches kept clear by troops. Body of Cretan deputies allowed to advance as far as gates where scuffle took place. Deputation of them then admitted to Ministers' room where Cabinet met them. What passed not yet known, but Cretans withdrew quietly. Proceeding inside Chamber regular, but after prayers a Cretan deputy who had entered unperceived, announced his presence amidst a few cheers for union. He then left.“ (FO 1354, 1. 6. 12 *Elliot*).

<sup>149</sup>) Beispielhaft ist die Antwort *Nicolsons* auf eine Bitte des griechischen Gesandten, die Mächte möchten in Canea erklären, warum sie im Augenblick keine Lösung der Kretafrage in Betracht ziehen könnten. „I replied that this would practically amount to informing the Cretans that if they would be good enough to keep quiet for a time, their hopes would soon be realized.“ Dies sei, zumal nach den Vorgängen in Canea, unmöglich. „Tiresome and inconvenient as the present situation was to all concerned, it was preferable to taking any steps which might justify the Turks in considering that the Powers were favouring Cretan aspirations or holding out hopes of union with Greece being shortly accomplished.“ (FO 1356, 25. 6. 12 *Nicolson*).

<sup>150</sup>) Vgl. die Anregung des Geschäftsträgers in Athen, *Beaumont*, den Prinzen *Andreas* als Hochkommissar nach Kreta zu schicken (FO 1356, 20. 8. 12 *Beaumont*) und die Warnungen des *Times*-Korrespondenten *Bourchier* vor den Folgen des Nichthandelns (ebenda, Anm. zu 26. 7. 12 *Elliot*).

artige Anregungen zurück. Er meinte, die Kreter seien die „Suffragetten der europäischen Politik“ und als solche überflüssig, da sie bereits alles besäßen, was sie brauchten, nämlich die Autonomie. Folglich komme es nur darauf an, ihre Abgeordneten an der Überfahrt nach Athen zu hindern<sup>151</sup>). Für den Fall, daß dies nicht gelingen sollte, schlug er seinen Entente-Partnern Gegenmaßnahmen vor, denn: „If we do nothing, Turkey may be compelled to attack Greece and the Balkans will be in a blaze. This can only be averted by some action of the three Powers, such as occupation of Crete, to save Turkey's face for her<sup>152</sup>).“ Doch dazu waren weder Paris noch Petersburg bereit; sie hätten nur dann einer Drohung mit der Wiederbesetzung der Insel zugestimmt, wenn gleichzeitig eine vorläufige Klärung ihres politischen Status erfolgte.

Sir *Edward Grey* wies diesen Vorschlag jedoch zurück, da die Kreter mit der von Athen vorgeschlagenen Rückkehr zum Regime von 1906 nicht einverstanden und die Türken tödlich beleidigt wären, wenn der König von Griechenland einen Hochkommissar entsenden dürfte<sup>153</sup>). Ihm schien eine einfache Warnung in Canea ausreichend, die zwar materiell nichts einbringen, London aber wenigstens von dem Vorwurf der Komplizenschaft mit den kretischen Revolutionären freisprechen würde<sup>154</sup>). Der britische Außenminister kapitulierte damit offen vor der

<sup>151</sup>) *Parker* bezeichnete diese Maßnahme, deren Unzulänglichkeit im Frühjahr augenscheinlich geworden war, als einfachste Lösung; „even if this entails re-occupation, it will be cheaper than risking a disturbance of the peace in the Near East.“ *Norman* stimmte ihm zu, betonte aber, daß die Mächte auch die Überfahrt einzelner Abgeordneter verhindern müßten: „We owe this to Venizelos in return for the loyal co-operation which we have all along received from him.“ (FO 1356, Anm. zu 20. 8. 12 *Beaumont*).

<sup>152</sup>) FO 1356, Anm. zu 13. 9. 12 *Mallet*. Über die Erfolgsaussichten seines Vorschlages gab sich *Grey* keinen Illusionen hin: „I am afraid, they [d. h. Frankreich und Rußland] are going too strongly on an anti-Turkish, pro-Balkan States line to agree to this at the moment.“

<sup>153</sup>) *Wratislaw* hatte geschrieben: „During the past years all Cretan politicians have so compromised themselves in the movement for union, that they feel they would ruin their influence in the island, should they give in without having secured some success, however slight, to justify the sacrifices their policy has entailed, and to save their faces.“ (FO 1356, 4. 9. 12 *Wratislaw*.) Istanbul meldete: „At a moment when loss of African provinces seems inevitable, return of Zaimis to Crete would be almost as unacceptable here as annexation to Greece . . . Should the Cabinet even show an inclination to agree to it, they would be driven from office by their own supporters. The situation would be entirely different were Turkey already engaged in a struggle with one or more of the Balkan States.“ (Ebenda, 6. 9. 12 *Marling*.) Im Foreign Office wurde nach den Erfahrungen mit Prinz *Georg* die Ernennung eines königlichen Prinzen besonders skeptisch beurteilt; zugleich verwies man auf die finanziellen Lasten einer solchen Ernennung und deren Auswirkungen auf die Balkanhalbinsel: „We have often been told that if Crete is incorporated with Greece, Bulgaria would feel it necessary to re-establish the balance of power. If there is a regular flare-up in the Balkans, we shall have an opportunity of eventually settling the Cretan question in a sense favourable to Greece; but to attempt to do so now might cause a conflagration.“ (FO 1356, Anm. zu 20. 8. 12 *Beaumont*.)

<sup>154</sup>) FO 1356, Anm. zu 10. 9. 12 Admiralität. Diese Haltung war um so unverständ-

Notwendigkeit einer gütlichen Beilegung der Balkanfragen. Ob der Friede im Falle einer anderen Entscheidung hätte erhalten werden können, ist zwar unsicher, da die Gegensätze zwischen den Jungtürken und den Balkanstaaten fast unüberbrückbar erschienen, doch muß sich *Grey* die Kritik gefallen lassen, die bestehenden Chancen einer Verhandlungslösung nicht einmal auf ihre Tragfähigkeit hin geprüft zu haben.

Das Foreign Office verfocht unbeirrt die These, daß die Kretafrage aus dem Blickwinkel der Türkei gesehen werden müsse und daß die Rückwirkungen in Griechenland übergangen werden könnten<sup>155</sup>). *Mallet* hielt sogar einen Machtwechsel in Athen nicht für ein Unglück, da er bezweifelte, daß selbst ein weniger vernünftiger Premier als der gegenwärtige einen Krieg mit der Türkei riskieren würde. Daher konnte ihm durchaus die Fortführung des Status quo zugemutet werden, verbunden mit der Warnung, daß jede Aufnahme kretischer Abgeordneter die sofortige Wiederbesetzung der Insel nach sich ziehen würde. „This will be amply sufficient to soothe the Turks, who should be told of what we say [at Athens], and will enable Venizelos to keep the deputies out of the Chamber<sup>156</sup>).“

Je näher der Zeitpunkt der Kammereröffnung rückte, desto stärker entfernte sich die Entwicklung von den Zielsetzungen Londons. Dies zeigte sich vor allem bei dem Versuch der Kreter, die türkische Garnison von Samos zu verjagen und die Vereinigung der Insel mit Griechenland zu proklamieren<sup>157</sup>). Obwohl das Unternehmen als rein private Angelegenheit deklariert wurde, hatten sich die Regierungsmitglieder *Koundouros* und *Michelidakis* an der Vorbereitung eifrig beteiligt. Dank rechtzeitiger Information gelang es jedoch den Generalkonsuln, die Überfahrt von 500 kretischen Freiwilligen zu verhindern. Die Lage war damit allerdings keineswegs stabilisiert, im Gegenteil: „The government which was believed with good grounds to be better than its predecessors were or than its successors are likely to be<sup>158</sup>), has proved worse than a broken reed.“

Unter diesen Umständen war es verständlich, daß Frankreich und Rußland den Gedanken befürworteten, als Übergangslösung einen königlichen Kommissar nach Kreta zu schicken, der die Anarchie beenden und die Ordnung wiederherstellen sollte. *Venizelos* billigte den Plan, sofern ihm die Benennung des Kandida-

---

licher, als London wußte, daß *Venizelos* diesmal die kretischen Abgeordneten nicht fernhalten konnte, „nor can he again resort to the device of adjourning the Greek Chamber because there is much legislation to be dealt with and the delay which has taken place already has been inconvenient.“ (Ebenda, Anm. zu 17. 9. 12 *Wratislaw*.) Die Gefahr einer türkischen Kriegserklärung rückte damit in bedrohliche Nähe.

<sup>155</sup>) *Grey* kritisierte deshalb die Gesandten in Athen, die völlig übersähen, „that there are any other Great Powers in Europe except the three Protecting Powers and Turkey, and these they consider should all defer to the wishes of the Cretans and the convenience of Greece.“ (FO 1356, Anm. zu 9. 9. 12 *Beaumont*.)

<sup>156</sup>) FO 1356, Anm. zu 15. 9. 12 *Marling*.

<sup>157</sup>) Die Autonomie-Charta von 1832 gestattete den Türken nicht, Truppen auf der Insel zu unterhalten; dennoch befand sich eine Garnison von 500 Mann in Vathy.

<sup>158</sup>) FO 1357, 31. 8. 12 *Wratislaw*. Dieser Ruf war vor allem dem griechischen General *Limbrakis* und den alten Kreterführern *Yannaris* und *Sphakianakis* zu verdanken, die im Sommer in die kretische Regierung eingetreten waren (ebenda, 23. 6. 12 *Wratislaw*).

ten überlassen blieb und nicht etwa Prinz *Andreas* über den Kopf der Regierung hinweg von den Schutzmächten eingesetzt wurde. Sogar die Pforte neigte dieser Lösung zu, falls die Suzeränität des Sultans gewahrt blieb, denn sie hatte erkannt, daß Griechenland — gestützt auf die übrigen Balkanstaaten — sehr wohl einen Krieg riskieren würde, sofern in der Kretafrage weiterhin nichts geschehen sollte<sup>159</sup>). Allein die britische Diplomatie blieb unbeugsam; sie betrachtete die Ernennung eines Kreta-Kommissars als zweitrangig und bemühte sich in erster Linie um eine Blockade der Insel. Sie sollte die Kreter von Abenteuern abhalten und einen Bruch zwischen Athen und Konstantinopel verhindern; denn Ende September hatte sich der Himmel über der Balkanhalbinsel, nicht zuletzt wegen der Untätigkeit Englands, gefährlich verdüstert.

Außenminister *Koromilas* beklagte, daß die Pforte trotz griechischer Warnungen albanische Valis in Janina und Üsküb eingesetzt habe, den telegraphischen Verkehr der Gesandtschaft in Konstantinopel mit Athen behindere und 64 griechischen Dampfern die Durchfahrt durch die Meerengen verweigere<sup>160</sup>). Außerdem war es auf Samos zu einem Aufstand gegen die türkische Besatzungsmacht gekommen, nachdem 300 Freiwillige unter dem Kommando des Bandenführers *Karavitis* und des lokalen Politikers *Sophoulis* im Westen der Insel gelandet waren. Zwar konnten Briten und Franzosen durch den Einsatz von Matrosen das Leben der Ausländer in der Hauptstadt Vathy schützen und die verfeindeten Parteien auseinanderhalten, doch draußen auf dem Lande gingen die Kämpfe weiter, zumal die Türken Verstärkung vom Festland heranzführten<sup>161</sup>). Als dann eine allgemeine Mobilisierung der türkischen Streitkräfte verkündet wurde, reagierten die Balkanverbündeten am 1. Oktober 1912 mit der Mobilmachung ihrer Armeen; vier Tage später verlangten sie von der Pforte ultimativ die Verwirk-

<sup>159</sup>) FO 1356, 30. 9. 12 *Nicolson*; 3. 10. 12 *Nicolson*; 19. und 26. 9. 12 *Beaumont*. Außenminister *Koromilas* hatte dem englischen Geschäftsträger bereits Mitte September erklärt, „that unless the Cretan question could speedily be got out of the way, relations between Turkey and Greece could only go from bad to worse. He hinted plainly that an understanding existed between the four Balkan States and that if nothing were done soon to improve the lot of the Christians in European Turkey . . . they would be forced into an attempt to work out the salvation of their kinsmen across the frontier with a combined army of 550 000 men.“ (FO 1356, 11. 9. 12 *Beaumont*.)

<sup>160</sup>) GP XXXIII, Nr. 12218.

<sup>161</sup>) Vgl. die Dokumente in FO 1357, vor allem 25. 9. 12 *Marling* und 30. 9. 12 *Wratislaw*. Der Kommandant des französischen Stationärschiffes hatte ursprünglich beabsichtigt, mit seinen Soldaten zur Wiederherstellung der Ruhe auf der Insel und zur Fernhaltung türkischer Truppen beizutragen (ebenda, 24. 9. 12 *Marling*), doch sein britischer Kollege beschränkte sich strikt auf den Schutz der 1000 Ausländer und beteiligte sich auch nicht an den Bemühungen um einen Waffenstillstand, der schließlich am 27. für fünf Tage geschlossen wurde. Das Foreign Office billigte diese Haltung und wollte die Samioten informieren, „that their present privileges have only been granted so long as they remain loyal to Turkey, and that to make common cause with Cretan filibusters is not ‚loyalty‘, but on the contrary the way to forfeiture rather than to the extension of their special regime.“ (Ebenda, Anm. zu 26. 9. 12 Oberkommando Mittelmeer.)

lichung ernsthafter Reformen in Mazedonien, und am 8. trat Montenegro als ihr Vorreiter in den Kampf gegen den Erbfeind ein.

*Venizelos* gehörte nicht zu denen, die „mit dem Kopf durch die Wand“ gehen wollten, schien aber „von einer gewissen Begeisterung über den für Griechenland historischen Augenblick erfüllt“. Seiner Meinung nach konnte ein Balkankrieg nur noch verhindert werden, wenn Europa dem Osmanenreich radikale Reformen verordnete und endlich die Kretafrage löste, „nicht so sehr wegen Kreta selbst, sondern wegen Griechenland, das wegen dieser Frage nicht zur Ruhe kommen könne“<sup>162</sup>). Doch in dieser Beziehung war von den Großmächten nichts zu erwarten. Auch die Türkei sah den Ernst der Lage nicht ein. Einen Monat zuvor hatte sie für den Verzicht auf Kreta noch ein Stück thessalischen Bodens verlangt; jetzt wünschte sie dafür wenigstens eine Garantie des Besitzes von Epirus. Die Griechen betrachteten dies als unzureichende Gegenleistung für den eventuellen Austritt des Königreichs aus der Balkanallianz. Dennoch taktierte *Venizelos* weiterhin vorsichtig: Am 14. Oktober erklärte er anlässlich der Parlamentseröffnung in Anwesenheit von 65 kretischen Abgeordneten, daß er den Status quo auf der Insel mit Ausnahme des gemeinsamen Parlaments aufrechterhalten wolle. Zudem sorgte er dafür, daß die Kreter fortan von den Sitzungen der Kammer ausgeschlossen blieben. Der Weg zu einer ostrumelischen Lösung schien damit noch offen<sup>163</sup>).

Daß eine griechisch-türkische Sonderregelung trotzdem nicht zustande kam, lag nicht, wie Außenminister *Noradunghian* meinte, am Fanatismus seines griechischen Kollegen<sup>164</sup>), auch nicht an der Entschlossenheit der hellenischen Armee, für die Niederlage von 1897 Revanche zu nehmen<sup>165</sup>). Die Zeit für faule Kompromisse war abgelaufen. Volk und Regierung in Griechenland fühlten, daß jetzt die Gelegenheit da war, um mit einem Streich die vielen ungelösten Fragen im Verhältnis zur Türkei zu regeln und ihrem Staatsideal einen großen Schritt näher zu kommen. Aus diesen Gründen war der Krieg unvermeidlich. Zu lange hatten die Jungtürken in ihrer Verblendung und mit stillschweigender Duldung durch die Großmächte eine gütliche Einigung mit den Balkanchristen abgelehnt. Nun mußten sie das Schicksal ihres Reiches dem zweifelhaften Glück der Waffen anvertrauen.

Kreta bewahrte in diesem Konflikt eine von den Schutzmächten erzwungene Neutralität. Um sie absolut durchzuhalten und die Regierung daran zu hindern,

---

<sup>162</sup>) ÖUAP IV, Nr. 3884 und 3956. *Wilhelm II.* billigte die Politik des griechischen Premiers, der nicht habe anders handeln können, „solange bis Creta griechisch geworden ist, und das muß es doch einmal werden“ (GP Nr. 12254 Anm.).

<sup>163</sup>) FO 1356, 14. 10. 12 *Elliot*.

<sup>164</sup>) Auch der österreichische Gesandte betonte, daß *Koromilas* ein Chauvinist mit einem „Stich ins Triumphierende“ sei; da er sich von seinem Premier nur schwer führen lasse, sei es unverständlich, warum der „doch vernünftige, relativ gemäßigte, nüchterne und mit gutem politischem Augenmaß ausgestattete Herr *Venizelos*“ diesen Mann zu seinem Außenminister gemacht habe (ÖUAP IV, Nr. 3956).

<sup>165</sup>) AA Türkei 94, Band 180, 18. 10. 12 *Wangenheim*.

bewaffnete Freiwillige nach dem Festland zu schicken, hatte London vorgeschlagen, die Insel von der Außenwelt abzuschneiden. An eine Wiederbesetzung dachten selbst die Briten nicht. Da ihre Partner aber auch eine Blockade ablehnten, blieb der Schiffsverkehr zwischen Canea und Piräus unbehindert. Der Türkei-Referent im FO *Arthur Parker* rechtfertigte diesen Tatbestand folgendermaßen: „The term ‚Protecting Powers‘ applies to the island of Crete and its Moslem population; it does not imply any obligation to protect the christian inhabitants from risking their lives in a war outside the island<sup>166</sup>).“ Außenminister *Grey* begrüßte es sogar, daß die Mehrzahl der kretischen Milizionäre (1600 Mann) nach Griechenland fuhr, da er sich davon eine Beruhigung der Verhältnisse auf der Insel nach dem Krieg versprach!

Die Blockademaßnahmen, die der britische Flottenkommandant *Poe* beim Kriegsausbruch zwischen Griechenland und der Türkei einleitete, wurden bereits vier Tage später auf Befehl Londons aufgehoben, da Franzosen und Russen sich daran nicht beteiligten. Selbst den Schutz der 30000 kretischen Moslems, für den sich *Grey* jetzt einsetzte, hätte *Sazonov* am liebsten anderen — d.h. den Deutschen<sup>167</sup>) — überlassen, um ja nicht gegen christliche Kreter kämpfen zu müssen. Es gelang London jedoch, ihn mit dem Argument umzustimmen, daß Deutschland, wenn es während des Krieges Truppen zur Erfüllung seiner Aufgabe landen müßte, schwerlich aus der Suda-Bucht zu vertreiben wäre. Was die Zukunft der Insel anbetraf, so betonte *Grey*, daß sie nach dem Krieg von den sechs Großmächten in Konsultation mit der Pforte geregelt werden müsse. Die Vereinigung Kretas mit Griechenland sei annehmbar, sofern sie im Einvernehmen mit den Türken herbeigeführt werden könne. Eigene Ambitionen besitze England nicht, es wolle nur verhindern, daß irgendeine ägäische Insel in den Besitz einer starken Flottenmacht gerate<sup>168</sup>).

Daß *Venizelos* am 25. Oktober die Enosis eigenmächtig durchsetzte, indem er *Stephanos Dragoumis* als Generalgouverneur nach Canea entsandte<sup>169</sup>), wurde im Foreign Office kritisch vermerkt<sup>170</sup>). Unterstaatssekretär *Arthur Nicolson* sprach

<sup>166</sup>) FO 1358, Anm. zu 17. 10. 12 *Wratislaw*.

<sup>167</sup>) Sie sorgten bereits für den Schutz der osmanischen Staatsbürger in den Balkanstaaten.

<sup>168</sup>) FO 1358, Anm. zu 18. 10. 12 Oberkommando Mittelmeer; 16. 10. 12 *Bertie*; 16. und 17. 10. 12 *Grey* an *Bertie*; 21., 24. und 25. 10. 12 *Grey*; IBZI Band 4/I, Nr. 25.

<sup>169</sup>) Die Bekanntgabe in Canea erfolgte so spät, daß die dortige Regierung kaum Zeit fand, einen standesgemäßen Empfang für *Dragoumis* zu veranstalten. „A considerable crowd assembled at the port to meet him, but there was hardly such a display of enthusiasm as might have been expected under the circumstances.“ (FO 1358, 29. 10. 12 *Wratislaw*.)

<sup>170</sup>) *A. Parker* schrieb: „It is rather tiresome of the Greeks to have done this at this moment; but perhaps someone has told them that the Powers will not intervene except to protect the Moslems.“ Letzteres werde durch die de facto-Annexion zweifellos am besten erreicht, „and this may furnish a sufficient reply to Turkish protests.“ *R. P. Maxwell* meinte: „We could not officially recognise a governor appointed by the King of Greece, but in view of the safety of the Moslems and also of the fact that there is to be no formal decree of annexation, unofficial relations with *Dragoumis* would

von einer „most insolent measure“ der griechischen Regierung und sorgte dafür, daß der britische Generalkonsul mit ihrem Vertreter keinen Kontakt aufnahm. Zudem beeilte sich England, seine Kriegsschiffe aus den kretischen Gewässern zurückzuziehen, um die Fiktion einer Treuhänderschaft für den Sultan zu beenden. *Koromilas* ließ jedoch durchblicken, daß ihm die Verärgerung der britischen Diplomatie keine Sorgen machte, weshalb *Elliot* vorschlug: „Acquiescence appears to be the only course open to the Powers, since the course of the war happily indicates that annexation is a foregone conclusion<sup>171)</sup>.“ Tatsächlich war die Verwirklichung des jahrzehntealten Traumes der Kreter, die ihren formellen Niederschlag in Artikel 4 des Friedensvertrags von London (30. Mai 1913) fand, zwischen den Kriegführenden unbestritten.

Die letzte Phase der Kreta-Frage bewies mit aller Deutlichkeit, wie unfähig das Europäische Konzert vor dem Ersten Weltkrieg war, die Probleme des Balkans auf friedlichem Wege zu lösen. Zwar fehlte es nicht an politischer Phantasie, im Gegenteil, es gab genügend erfahrene Diplomaten, die Modelle für eine kurz- oder längerfristige Kreta-Regelung entwarfen. Auch die technische Seite des Krisenmanagements wurde beherrscht, wie das Beispiel der Annexionskrise zeigte. Woran es mangelte, war der Mut zur Entscheidung, das Wagnis, einen Schritt zu tun, der nicht alle Parteien befriedigte, ja vielleicht sogar die eigene Stellung zeitweise gefährdete. Die Hoffnung, durch das Ausweichen vor einer unbequemen Wahl sich alle Möglichkeiten offenhalten zu können, erfüllte sich jedoch nicht. Sie veranlaßte vielmehr die Konfliktparteien zum eigenmächtigen Vorgehen, durch das die Großmächte vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.

Der Hauptgrund für die Unmöglichkeit einer einvernehmlichen Kreta-Lösung lag darin, daß die Führer des osmanischen Vielvölkerreiches jeden Vorschlag ablehnten, der einer Ermutigung der nichttürkischen Nationalitäten gleichgekommen wäre. So verständlich diese Haltung war, so unpolitisch erwies sie sich, denn Politik muß von den realen Gegebenheiten ausgehen und darf nicht ideale Ziele als Wirklichkeit hinstellen. Das Bestehen auf der Wahrung einer rein fiktiven Suzeränität des Sultans über Kreta bedeutete die Kapitulation der Realpolitik vor einem unhaltbaren Prinzip. Selbst die der Türkei freundlich gesinnten Staatsmänner, allen voran *Wilhelm II.*, erkannten diese Beschränktheit der jungtürkischen Diplomatie, scheuten jedoch davor zurück, die Pforte unmißverständlich darauf hinzuweisen. Statt dessen blockierten sie durch ihr Liebeswerben

---

appear to be advisable.“ *Nicolson* dagegen betonte: „I do not at all see why we should make ourselves participators in or condone an act such as the Greek government have now committed. They have deliberately and without any reasonable cause defied the Protecting Powers, and we should have no defence whatever to make to the Turkish government, for whom we are trustees, if we placidly accepted without a murmur a proceeding which we have often proclaimed we could not permit. I should feel inclined to at once withdraw our vessels, to hold no intercourse with the Governor-General, and protest to the Greek government and tell them that, as they have deliberately violated the status quo, they must bear the consequences.“ (FO 1358, Anm. zu 25. 10. 12 *Elliot* und 25. 10. 12 *Wratislaw*.)

<sup>171)</sup> FO 1358, 26. 10. 12 *Elliot*; 31. 10. 12 *Wratislaw*.

um die Gunst Istanbuls jeden Fortschritt in Richtung auf eine friedliche Entwicklung im Nahen Osten.

Die Verantwortung Rußlands für den im Herbst 1912 auf der Balkanhalbinsel ausbrechenden Konflikt und damit mittelbar auch für den Kriegsausbruch im August 1914 ist bekannt. Es wird aber häufig übersehen, daß gerade diejenigen Mächte, die sich, wie Deutschland und Österreich-Ungarn, nicht aktiv an der Bildung des Balkanbundes beteiligten, eine schwere Schuld trifft. Denn ihre selbstgewählte Isolierung in der Kretafrage, ihre Zurückweisung jeder Mitarbeit an der Lösung des Problems, ihr bewußter Verzicht auf eine gemeinsame Orientpolitik trug wesentlich zur Machtlosigkeit des Europäischen Konzerts und zum Übergewicht der Kriegsparteien in den Balkanländern bei. Es stand den Kabinetten in Berlin und Wien schlecht an, sich über die zunehmende gegnerische Einkreisungspolitik zu beschweren, wenn sie sich gleichzeitig in einer Frage, die den Weltfrieden bedrohte, strikt weigerten, mit den übrigen Regierungen an einem Strang zu ziehen. Mußte nicht die Rolle des „lachenden Dritten“ Neid und Feindschaft geradezu herausfordern?

Ebenso verantwortungslos erscheint im Rückblick die Politik Englands, das durch sein Gewicht in der Welt die Möglichkeit gehabt hätte, das Schicksal Kretas und Mazedoniens zu entscheiden. Statt dessen verhinderte London durch sein Zögern und Zaudern jede vernünftige Regelung und verzettelte seine Kräfte in einer aussichtslosen Rivalität mit Berlin um die Führung in Konstantinopel. Politische und wirtschaftliche Vorteile in einem vom Zerfall bedrohten Reich erschienen den beiden Führungsmächten des Konzerts erstrebenswerter als die notwendige Bewältigung der Probleme, die das Erwachen der Nationalitäten im Orient aufgeworfen hatte. Die Quittung für ihr Verhalten erhielten die Großmächte am 17. Oktober 1912, als die Balkanstaaten ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen und die Illusion einer Erhaltung des Status quo im Nahen Osten zunichte machten. Die Staatsmänner Europas wurden damit zu Getriebenen, während sie Gestalter hätten sein können und müssen. Die Führer der kleinen Balkannationen stiegen zu Schiedsrichtern des Weltfriedens auf und wurden schließlich die Totengräber des alten Europa, das sich als unfähig erwiesen hatte, mit gefährlichen Randproblemen wie der Kretafrage fertig zu werden.